

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Beilage-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaarte Kolonelle
 oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Verord-
 nungen und Besammlungs-Anzeigen 20 Pfg.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochentagen
 bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.
 Adressen: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 28. Juli 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Gewerbe-Inspektoren und Zuchthaus- vorlage.

Der von uns mündlich oder schriftlich gegen die
 Zuchthausvorlage agitiert hat, der weiß, daß es nichts Dank-
 bareres für Hörer, Leser und Agitator giebt, als auf die
 tolle Denkschrift zurückzugreifen, die dem Entwurf beigegeben
 ist. Der unfreiwillige Humor, den man aus derselben vortragen
 kann, ist beinahe geeignet, jede Auseinandersetzung über das
 Ausnahmengesetz mit einer Art deröhnlicher Feitelkeit zu ver-
 goldend. Das überhebt uns aber natürlich nicht der Forderung
 nach den eigentlichen Unterlagen und Lieferanten für die
 Denkschrift, nach denen ja auch schon im Reichstag zur höchsten
 Pein des Bundesratsstiches sehr eingehend gefragt worden ist.
 Und da mag es auch angebracht sein, speciell einmal zu
 fragen: in welcher Verbindung stehen denn eigentlich
 die deutschen Gewerbe-Inspektoren, die einzigen
 Arbeiterschutz-Beamten unserer 26 deutschen Bundesstaaten,
 mit der Denkschrift? Es scheint uns, als wenn die darüber
 im Reichstag bereits begangenen Erörterungen mit ziem-
 lichem Nutzen noch ein Stück weiter geführt werden könnten.

Nach der amtlichen Auskunft im Reichstage ist es den
 Bundesregierungen von Reichswegen überlassen worden, ihre
 Inspektoren zu fragen oder nicht zu fragen. Mehr war unseres
 Wissens dort nicht zu erfahren. Bis zum Herbst sollen die
 Arbeiterschutz-Beamten, die ja jahraus, jahrein in ihren Berichten
 eine eigene Studie für Ausstandsbewegungen haben, vielleicht
 ausdrücklich über die Vorkommnisse bei Streikbewegungen
 befragt werden. Das ist alles! Wir dächten aber, Graf Posad-
 owsky möchte doch noch etwas mehr wissen. Er möchte
 wissen, daß man in den Bundesstaaten tatsäch-
 lich einen großen Teil der Gewerbe-
 Inspektoren befragt hat und zwar schon während
 des Jahres 1898. Wenn er es verschwiegen hat, so können
 wir es ihm jetzt nachweisen.

Erstens durch Indizien aus den letzten Jahres-
 berichten der sächsischen Gewerbe-Inspektoren. Diese Indizien
 sind beinahe schlagend. Wir kennen die Jahresberichte der
 sächsischen Aufsichtsbeamten seit 20 Jahren. Aber noch nie-
 mals in einem Vorjahre hat jeder der Inspektoren so
 reglementmäßig sein Sprüchlein zur Streikbewegung herge-
 sagt, wie im Jahresbericht für 1898. Auch die Bezugnahme auf so
 etwas, wie Streikgesetzgebung ist wiederholt durchzumerken.
 Man beachte z. B. nur die beinahe schadenfrohe Art, in
 welcher der Leipziger Inspektor S. 142 ff. des sächsischen
 Berichtes über verloren gegangene Streiks berichtet,
 auch die kleinsten, an denen kaum 12 Leute beteiligt waren,
 oder wie er aus einer Dampfbohrerlei mitteilt: „Mehrere
 der ausländischen Arbeiterinnen waren bereit, die Arbeit
 schon früher wieder aufzunehmen, sie wurden jedoch von den
 im Auslande bleibenden Arbeitern daran verhindert.“ Derselbe
 Berichterstatter kann auch glücklich einen Schloffer aufweisen,
 welcher „wegen Verletzung der Mitarbeiter im Sinne von
 § 153 der Gewerbe-Ordnung“ schöffengerichtlich zu 14 Tagen
 Gefängnis verurteilt wurde. Ähnlich der seit langem als
 besonders reaktionär veranlagt bekannte Meißener Gewerbe-
 Inspektor, der durch Angriffe gegen den Metallarbeiter-Verband
 und Holzarbeiter-Verband seinem Herzen Luft macht. Diese
 hätten „systematisch Unzufriedenheit erregt“, als „Endziel den
 Generalstreik“ im Auge und „übten Druck auf die Unternehmer
 aus“. Und so fort in einigen anderen sächsischen Berichten. Ist
 das nicht die für die Zuchthausvorlage von oben gewünschte
 Berichterstattung? Wir meinen: bis aufs Haar! Und der
 Schluß ist wohl erlaubt, daß diese Brocken aus Gutachten
 stammen, die allgemein zu erstatten waren von den sächsischen
 Gewerbe-Inspektoren.

Zweitens haben wir aber auch die direkte Angabe
 eines deutschen Gewerbe-Inspektors, daß er zur Zuchthaus-
 vorlage bezw. zur Denkschrift Bericht erstatten mußte. Da sie
 die einzige in allen uns bisher aus 1898 zu Gesicht ge-
 kommenen Inspektionsberichten ist, so darf es nicht wunder-
 nehmen, daß sie bisher wenig beachtet wurde. Der reichs-
 ländische Gewerbe-Inspektor Crépin für den Oberelsaß
 verrät Seite 30 der „Verwaltungsberichte der Gewerbe-
 Aufsichtsbeamten in Elsaß-Lothringen für das Jahr
 1898“ (Straßburg, Straßburger Drucker- und Verlags-
 anstalt), daß er „infolge besonderer Aufträge“ Berichte zu
 erstatten hatte, betreffend 1. Mißbrauch des Koali-
 tionsrechts... Unter diesem vielversprechenden Titel
 hat man also die Inspektoren gefragt! Und da die reichs-
 ländische Regierung doch sicher nicht gerade bloß Herrn
 Crépin, den Beamten für den Oberelsaß, sondern sicher ebenso
 diejenigen für den Unterelsaß und für Lothringen gefragt hat, diese
 aber die Befragung in ihren Berichten sorgfältig mit Schweigen
 übergehen, so liegt wiederum der Schluß sehr nahe, daß die
 Befragung auch noch von Inspektoren anderer Staaten ver-
 schwiegen worden ist, so verschwiegen, daß Graf Posadowsky
 im Reichstage „nichts wußte“.

Damit sind wir aber am interessantesten Punkte an-
 gelangt. Es giebt nur eine plausible Erklärung dafür,
 daß man offiziell, seitens der amtlichen Verteidiger der famosen
 Denkschrift, sich der Befragung der Gewerbe-Inspektoren so
 schlecht erinnern konnte: Die Erklärung nämlich, daß die
 Berichte der Aufsichtsbeamten über den „Mißbrauch des
 Koalitionsrechts“, um mit der reichsländischen Regierung
 zu reden, für die höchsten Zwecke der Denkschrift

verfasser nicht zu gebrauchen waren. Tatsächlich
 hat ja der bekannte badische Fabrikinspektor in seinen
 beiden letzten Jahresberichten dem Socialpolitiker Posadowsky
 geradezu Keulenschläge versetzt, so scharf und klar sind dort
 die segensreichen Wirkungen der fortschreitenden Arbeiter-
 organisation nach dem wirklichen Leben geschildert. Tatsächlich
 enthalten auch die oben erwähnten Berichtsstellen der sächsischen
 Inspektoren neben jenem kleinen Teil von Animositäten,
 den wir bei einzelnen Beamten rügten, im ganzen zahlreiche
 Belege für die Unentbehrlichkeit wirksamer Arbeiterorganisation
 und strammen Zusammenhaltens beim Ausstand. Wir führen
 nur an, daß auch dort bestätigt wird, wie zahlreiche Lohn-
 drückereien nur durch Streiks verhütet und kleine Verbesserungen
 nur durch Ausstände herbeigeführt werden konnten. Ja, selbst die
 sächsischen Aufsichtsbeamten konnten die Mitteilung der Thatsachen
 nicht umgehen, nach denen viel eher von einem horrenden Unter-
 nehmerterrorismus die Rede sein muß, als von Streikterrorismus.
 Man vergleiche die Stelle im Chemnitzer Bericht (Berichts-
 band für 1898, S. 77), nach der u. a. „die Nichtbehinderung
 der Arbeiter am Beitritt zu Arbeitervereinen“ erst durch einen
 Brauerausstand zu erreichen war, oder die Stelle im
 Zwickauer Bericht (S. 110), nach welcher ein Ausstand
 „auf Veranlassung der Weber für angeblich (!) schlechte
 Arbeit sowie auf Lohnabzügen ohne Angabe eines Grundes
 beruhte“, sowie vieles ähnliche bei den anderen
 Beamten. Man nehme endlich dazu, daß die heftigsten,
 die württembergischen, einige mitteldeutsche und selbst preussische
 Gewerbe-Inspektoren schon wiederholt amtlich die Unumgäng-
 lichkeit der Lohnkämpfe und ihrer Organisation zugegeben
 haben, und man wird uns zugegeben, daß für die un-
 vergleichliche Denkschrift bei den Gewerbe-
 Inspektoren nicht viel zu holen war.

Daher rührte zweifellos das Abhandeln jedes offiziellen
 Wissens von Berichten der Gewerbe-Inspektoren her. Diese
 Berichte sind nicht so ausgefallen, wie es für ein Zuchthaus-
 gesetz nötig war, weil die Inspektoren die Lohnkämpfe zu sehr
 aus der praktischen Nähe kennen, und deshalb sind
 sie ungedruckt in den Akten der Bundes-
 regierungen geblieben, obgleich sie in ziem-
 licher Zahl erstattet wurden. Das sieht auch den
 Urhebern der Denkschrift sprechend ähnlich. Wie wäre es
 mit einem Antrag im Reichstag, der die vorhandenen und
 noch zu erstattenden Berichte der Aufsichtsbeamten über den
 „Mißbrauch des Koalitionsrechts“ an die Öffentlichkeit zu
 ziehen suchen würde? Oder wenn dies nicht geht: in der von
 der Generalkommission geplanten Widerlegung der Denkschrift
 sollen ja die Gewerbe-Inspektionsberichte der letzten Jahre gut
 benutzt werden! Sie bieten reiches Material — für die Gegner
 der Zuchthausvorlage.

Und so reißt sich denn die Affaire mit den deutschen
 Gewerbe-Inspektoren und dem Zuchthausgesetz als neue
 Blamage an die vielen übrigen, die die Verteidiger des
 Anbebelgesetzes auf diesem für sie so ruhmlosen Schlachtfeld
 erlitten haben!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 27. Juli.

Reaktion und Socialismus in Deutschland.

Dieser Titel führt der Leitartikel des vornehmsten Organ
 der französischen Bourgeoisie, der „Temps“, der obendrein
 Kunst übt, mit allen Regierungen seines Landes Fühlung zu
 unterhalten. Der Artikel verdient, so ausführlich wie möglich
 mitgeteilt zu werden. Es heißt da:

Ein Hauch der Reaktion geht jetzt durch Europa. In
 Belgien ist die Frage schon in bekannter Weise gelöst.
 In Italien hat General Pelloux sich soeben mehr
 eine Verlegenheit als Vorteile geschaffen durch außer-
 verfassungsmäßige Maßregeln: durch ein Anbebel-
 gesetz, dessen Wirkungen mehr als zweifelhaft sind. In
 Serbien frustifiziert man ein abscheuliches und dummes
 Attentat, um die liberale Partei einzusperrten, mündlos zu
 machen und niederzudrücken. Die Opfer verfaumen natürlich
 nicht, zu erklären, das Attentat sei nur ein Vorwand, wo nicht
 das Werk der Regierung selbst, was ihnen die verlorenen
 Sympathien des Volkes wieder zuwendet.

Aber Deutschland ist das Land, wo die
 Fruchtlosigkeit der Reaktionspolitik sich am
 deutlichsten offenbart.

Im Juni 1898 ließ der Minister des öffentlichen Unter-
 richts in Preußen von der Kammer ein Gesetz annehmen,
 welches die Privatdozenten der preussischen Universitäten
 den öffentlichen Beamten beordnete. Dieses Gesetz wurde
 sofort das Gesetz Arons genannt, denn nach dem Ge-
 ständnis des Ministers selbst sollte das Gesetz es der Re-
 gierung ermöglichen, einen Universitätslehrer, Dr. Arons,
 seines Amtes zu entheben, weil er des Verdrachens schuldig
 ist, sich als Socialist zu bekennen. Die Sache des Herrn Arons
 kam vor die aus 45 Professoren bestehenden Fakultät der
 Universität Berlin.

Der Minister verlangte, daß der Angeklagte seines Amtes
 enthoben werde. Die Fakultät der Universität weigerte sich,
 dies zu thun und erklärte, daß die Thatsache, Socialist
 zu sein, keinen Grund bilde, einen Professor
 für ungeeignet zum Amt zu machen, und daß
 außerdem die Propaganda des Herrn Arons die vernünftig
 erscheinenden Grenzen nicht überschritten habe.

Diese Entscheidung hat eine um so lebhaftere Bewegung
 hervorgerufen, als der Prozeß Arons seit langem angefündigt
 und kommentiert war, und als in der That das Gesetz vom
 Juni 1898 ausdrücklich beschlossen worden war, um diesen
 Prozeß möglich zu machen.

Uebrigens ist für Herrn Arons noch nicht alles beendet.
 Das Ministerium hat gegen den Entscheid der Fakultät Be-
 rufung eingelegt. Und es ist ein Gerichtshof von Beamten
 des Unterrichtsministeriums, der in zweiter Instanz zu urteilen
 hat. Aber der Beschluß der Fakultät, dessen sehr bemerkens-
 werte Einzelheiten der „Vorwärts“ zu veröffentlichen in der
 Frage war, hat eine moralische Wirkung hervorgebracht,
 die durch keine Maßregel verwischt werden
 kann.

Rechtliches ließe sich von einem Erkenntnis sagen, das ein
 Berliner Gerichtshof in Sachen des nämlichen „Vorwärts“
 gefällt hat.

Der „Vorwärts“ hatte den höchsten sächsischen Ge-
 richtshof kritisiert, indem er sagte: „Dieses Gericht hat
 durch seine Spruchpraxis oft und offen erklärt, daß die Mit-
 glieder der Arbeiterpartei vor dem Gesetz nicht die gleichen
 Rechte haben, wie die anderen Staatsbürger.“ Das
 oberste Gericht Sachsens erhob eine Anklage gegen den
 „Vorwärts“. Der Prozeß kam vor einem Gerichts-
 hofe von Berlin zur Verhandlung. Der „Vorwärts“ plädierte
 nicht etwa „mildernde Umstände“, nicht die Straflosigkeit des
 Delikts, sondern er trat den Beweis der Wahrheit an.
 Und der Gerichtshof erkannte, nach einer Prüfung ge-
 wisser, von der Verteidigung des „Vorwärts“ citierten Urteils-
 sprüche des betreffenden sächsischen Gerichtshofes, daß in der
 That dieser Gerichtshof implicite (zwar nicht wört-
 lich, aber dem Sinne nach) erklärt hat, die Mitglieder der
 Arbeiterpartei hätten vor dem Gesetz nicht dieselben Rechte
 wie die übrigen Staatsbürger. Folglich könne nicht auf
 Verleumdung und Verleumdung erkannt und bestraft werden.
 Wirklich es giebt noch Richter in Berlin.

Was bedeuten diese Thatsachen, die der Verwerfung
 des Zuchthausgesetzes durch den Reichstag auf dem Fuße
 gefolgt sind? Einfach dies: das deutsche Bürger-
 tum ist der Ueberzeugung, daß es in diesem
 Augenblicke schlimmere Staatsfeinde giebt
 als die Socialisten, nämlich die Reactionäre
 (qu'il y a en ce moment de pires ennemis de l'Etat, que les
 Socialistes, savoir les reactionnaires).

Das deutsche Bürgertum ist erbittert über die Gunst,
 die den Junkern, den Agrariern, den Privi-
 legierten jeder Art bezogen wird. Es sagt sich mit
 einem Wort: daß es, wenn gewählt werden muß, kein
 Recht hat zu zaudern. Und wie wir sehen, sind
 es nicht die Socialisten, die Gefahr laufen,
 bei diesem Dilemma zu verlieren.

Wahre Ferienkolonien

sind nach den Schilderungen der „Deutschen Tageszeitung“
 die Gefängnisse. Man hat gutes Obdach, reichlichen Arbeits-
 verdienst, ausgezeichnete Behandlung, und eine Kost, die besser
 ist als in unseren Kasernen.

Bergleckt man diesen Zustand etwa mit dem Glanz
 unserer Agrarier, die hungernd und frierend ihre Strohdächer
 mit Hypotheken lasten, so begreift man, daß die Unter-
 männer der „Deutschen Tageszeitung“ mit dem Gedanken
 umgehen, ihre murenablen Güter zu verkaufen und sich für
 den Rest ihrer Tage in Gefängnissen und Zuchthäusern an-
 zuhebeln. Sie sind um so begeistert für den Plan, als sie
 hoffen, daß mit der Wiedereröffnung der Brügelstrafe das
 Schlaraffenleben hinter eisernen Gardinen den Gipfel er-
 reichen wird.

Ein Rechtsassessor Kranke, der eine „kriminalpolitische
 Studie“ über „Die Brügelstrafe“ sängt veröffentlichte, hat in
 seinen Vorschlägen bereits mit diesem Einzug der Agrarier in
 die Ferienkolonien gerechnet; denn er fordert die Verkürzung
 seiner Brügelstrafen für — Bettler, unter denen unsere
 Notleidenden ja die Großisten darstellen.

Daß angesichts der zunehmenden Verrohung der
 akademischen Jugend zunächst die Brügelstrafe obli-
 gatorisch auf den Universitäten eingeführt werden soll,
 ist ein Vorschlag, den wir der „Deutschen Tageszeitung“ und
 dem gerichtsassessorischen Kriminalpolitiker nachempfinden
 können, wenn wir ihn auch nicht ganz billigen.

Die Amtsenthebung des Generals de Rögrier.

Es wird uns aus Paris geschrieben:
 Die Amtsenthebung des Generals de Rögrier ist die ein-
 schneidendste der bisher vom Cabinet gegen die prätorianischen
 Elemente getroffenen Maßregeln. Sie ist am besten geeignet, das
 in die Regierung gesetzte Vertrauen aller republikanischen Parteien
 zu reaktivieren.

De Rögrier hat zum erstenmal sein hohes Amt zu präto-
 rianischen Antrieben mißbraucht, zum erstenmal in Ausübung
 des Amtes (als Armeekorps-Inspektor über vier Armeekorps)
 die untergebenen Generale und Offiziere gegen die Zivilgewalt
 gehetzt. Aber sonst ist er kein Anfänger auf diesem Gebiet. Schon
 im September 1898 wagte er es, in einer feierlichen Ansprache an
 Felix Faure unzerstörlich auf die bedrohten Militärvorrechte
 von der unigen Colbarität sämtlicher Armeekorps untereinander zu
 sprechen. Man ließ ihn unbehelligt. Es war unter dem schwä-
 chlichen Ministerium Brisson, das sich von drei Kriegsministern nach-
 einander ins prätorianische Garn fangen ließ. Darin er-

ging sich Régier in den liberal-royalistischen Salons in
parlamentarischen Ausfällen gegen die Republik. Namentlich ist es
bekannt geworden, daß er anlässlich des Déroulède'schen Putches
die Verhinderung der General-Präsidenten (der feige Mischling
Déroulède) hat nur den Fehler begangen, Déroulède
nicht gefolgt zu sein! Er blieb aber unangefasst: es war unter dem
doppelzüngigen Ministerium Dupuy.

Ohne Zweifel kam die Régier unter einem Dupuy oder Pellin
auch wegen seiner amtlichen Pratorianerhaft sehr glimpflich davon
wenn die heilige Angelegenheit überhaupt nicht vertuscht worden wäre.
Die Zeiten haben sich aber gründlich geändert. Die gegenwärtige
Regierung hält ihre republikanischen Versprechungen. Sie hat mit
fester Hand den nächst dem Vicepräsidenten des obersten Kriegs-
rates, dem General Jamont, angesehensten und höchstangesehenen
großen Chef, den Befehlshaber der französischen Vorhut im Kriegs-
fälle, einen Liebling der mauritischen Klasse, unanständig be-
straft. Daß die bloße Amtsenthebung keine genügende Vergeltung
des schweren Antifortschritts ist, versteht sich von selbst. Aber die
Ereignismacht konnte von sich aus gesetzlich keine schwere
Strafe über den General verhängen.

Im übrigen erscheint es nicht ausgeschlossen, sondern sehr wahr-
scheinlich, daß die Regierung gegen Régier und die anderen Prä-
torianer nach Erledigung des Dreyfus-Prozesses eine gerichtliche
Aktion einleiten wird. In diesem Sinne wird namentlich die geistige
außerordentliche Beratung der Ministerpräsidenten und des Justiz-
ministers mit dem General-Staatsanwalt und dem Polizeipräsidenten
gedeutet.

Der Fall Régier zeigt am deutlichsten, wie ernst es mit der
Militärgesetzgebung ist. Es wäre um die Republik gefährlich, wenn nicht
das gegenwärtige Kabinett zu stande gekommen wäre, wenn in der
letzten Ministerkrise die Melinischen und Republikaner gestiegen hätten.
Freilich hätten dann Régier und Konforten keine amtliche Pratorianer-
Hut zu betreiben brauchen. Die Zivilgewalt wäre ihr dienstwilliger
Handrecht, wie das zwei Jahre lang der Fall war.

Zugleich mit Régier ist General de Pellieux, das ver-
dienstvolle Mitglied der verflochtenen Fälscherbande, seines Pariser
Kommandos entbunden worden, um in ein untergeordnetes Provinz-
kommando versetzt zu werden. Seine gerichtliche Verfolgung wegen
Antifortschritts in der Unterfuchungspost Esterhazy bleibt vorbehalten.
De Pellieux teilt nun das Schicksal seines würdigen Chefs, des
Generals Jurlinden, des abgelehnten Militärkommandeurs von Paris.
Damit ist die obere Befehlshaberstaffel der Pariser Truppen
von den prätorianischen Elementen säubert. De Pellieux ist, wie
Jurlinden, durch einen zuverlässigen republikanischen General ersetzt
worden.

Deutsches Reich.

Noch ein paar Fichte-Zitate.

Um der „Post“ und den „Berliner Neuesten Nachrichten“ noch
weiterhin Gelegenheit zu geben, sich über unsere Fichte zu ent-
lassen — mit dem sie so gern ihre guten Stuben dekorieren —
bringen wir noch ein paar Zitate, die der heutigen Bourgeoisie un-
angenehm genug ins Ohr schallen mögen:

„Das Leben im Staate gehört nicht unter die absoluten
Zwecke des Menschen, was auch ein sehr großer Mann darüber
sage; sondern es ist ein nur unter gewissen Bedingungen statt-
findendes Mittel zur Gründung einer vollkommenen Gesellschaft.
Der Staat geht, ebenso wie alle menschlichen Institute, die bloße
Mittel sind, auf seine eigene Vernichtung aus: es ist der
Zweck aller Regierung, die Regierung über-
flüssig zu machen.“

„Das Licht steigt endlich greiß — die Zeit kann man freilich
nicht bestimmen, aber es ist schon ein Untergang des Sieges,
und des nahen Sieges, wenn die Finsternis genötigt ist,
sich in einen öffentlichen Kampf einzulassen. Sie
liebt das Dunkel; sie hat schon verloren, wenn sie gezwungen ist,
an das Licht zu treten.“

Der Trieb geht darauf aus, freie vernünftige Wesen außer
uns zu finden, und mit ihnen in Gemeinschaft zu treten; er
geht nicht auf Subordination, wie in der Körperwelt,
sondern er geht auf Koordination aus. Will man die ge-
suchten vernünftigen Wesen außer sich nicht frei sein lassen, so rechnet
man etwa bloß auf ihre theoretische Geschicklichkeit,
nicht auf ihre freie praktische Vernünftigkeit: man will nicht in
Gefellschaft mit ihnen treten, sondern man will sie, als ge-
schicktere Tiere, beherrschen, und dann verzieht man seinen ge-
sellschaftlichen Trieb mit sich selbst in Widerspruch. — Doch was
sage ich: man verzieht ihn mit sich selbst in Widerspruch? man hat
ihn vielmehr noch gar nicht — jenen höheren Trieb: die Mensch-
heit hat sich dann in uns noch gar nicht so weit ausgebildet; wir
sind selbst noch auf der niederen Stufe der halben
Menschheit oder der Sklaverei. Wir sind selbst noch
nicht zum Gefühl unserer Freiheit und Selbstthätigkeit gereift;
denn sonst müßten wir notwendig um uns herum und ähnliche,
d. i. freie Wesen sehen wollen. Wir sind Sklaven, und wollen
Sklaven halten. Rousseau sagt: Mancher hält sich für einen Herrn
anderer, der doch mehr Sklave ist, als sie; er hätte noch weit
richtiger sagen können: Jeder, der sich für einen Herrn
anderer hält, ist selbst ein Sklave. Ist er es auch nicht immer
wirklich, so hat er doch sicher eine Sklavenseele, und vor dem
ersten Stärkeren, der ihn unterjocht, wird er niederträchtig kriechen.
— Nur derjenige ist frei, der alles um sich
herum frei machen will, und durch einen ge-
wissen Einfluß, dessen Ursache man nicht immer
bemerkt hat, wirklich frei macht. Unter seinem Auge
atmen wir freier; wir fühlen und durch nichts gepreßt und zurück-
gehalten und eingeeignet; wir fühlen eine ungewohnte Lust, alles
zu sein und zu thun, was nicht die Achtung für uns selbst uns
verbietet.

Der Mensch darf vernünftige Dinge als Mittel für seine
Zwecke gebrauchen, nicht aber vernünftige Wesen: er
darf dieselben nicht einmal als Mittel für ihre eigenen Zwecke
brauchen; er darf nicht auf sie wirken, wie auf tote Materie oder
auf das Tier, so daß er bloß seinen Zweck mit ihnen durchsetze,
ohne auf ihre Freiheit Rücksicht zu haben. — Er darf kein ver-
nünftiges Wesen wider seinen Willen tugendhaft oder weise oder
glücklich machen.“

„Ich kenne wenig erhabeneren Ideen als die Idee dieses
allgemeinen Einwirkens des ganzen Menschengeschlechtes auf sich
selbst, dieses unaufhörlichen Lebens und Strebens, dieses eifrigen
Wettstreites zu geben und zu nehmen, das edelste, was dem
Menschen zu teil werden kann, dieses allgemeinen Eingreifens
zahlloser Mäner ineinander, deren gemeinsame Triebfeder die
Freiheit ist, und der schönen Harmonie, die daraus entsteht.
Wer Du auch seist, so kann jeder sagen, Du, der Du nur
Menschenantlig trägst, Du bist doch ein Mitglied dieser
großen Gemeine; durch welche unzählige Mittelglieder die Wirkung
auch fortgepflanzt werde — ich wirte darum doch auch auf Dich,
und Du wirst darum doch auch auf mich; keiner, der nur das
Gepräge der Vernunft, sei es auch noch so roh ausgedrückt, auf
seinem Gesichte trägt, ist vergebens für mich da.“

Setzt man voraus, daß mehrere vernünftige Wesen vorhanden
sind, so ist in der Forderung, daß in jedem alle seine Anlagen
gleichförmig ausgebildet werden sollen, zugleich die Forderung
enthalten, daß alle die verschiedenen vernünftigen
Wesen auch unter sich gleichförmig gebildet
werden sollen. — Sind die Anlagen aller an sich gleich, wie
sie es sind, da sie sich bloß auf die reine Vernunft gründen, sollen
sie in allen auf die gleiche Art ausgebildet werden, welches der
Inhalt jener Forderung ist, so muß das Resultat einer gleichen
Ausbildung gleicher Anlagen allenfalls sich selbst gleich sein;
und wir kommen hier auf einen anderen Wege wieder zu

dem letzten Zweck aller Gesellschaft: der völligen Gleichheit
aller ihrer Mitglieder.“

„Sie (die Gesellschaft) wird sorgen, daß jedes Individuum
mittelbar aus den Händen der Gesellschaft die
ganze vollständige Bildung erhalte, die es unmittelbar der
Natur nicht abgewinnen konnte. Die Gesellschaft wird die Vorteile
aller einzelnen, als ein Gemeingut, zum freien Ge-
brauche aller anhäufen und sie dadurch um die Zahl der
Individuen vervielfältigen; sie wird den Mangel der einzelnen
gemeinschaftlich tragen und ihn dadurch auf eine unendlich kleine
Summe zurückbringen.“

„Die Wahl eines Standes ist eine Wahl durch Freiheit; mit-
hin darf kein Mensch irgend zu einem Stande ge-
zwungen, oder von irgend einem Stande aus-
geschlossen werden. Jede einzelne Handlung, so wie jede all-
gemeine Veranstaltung, die auf einen solchen Zwang ausgeht, ist
unrechtmäßig... (ein solcher Zwang) setzt unsere Handlung in
Widerspruch mit unserem praktischen Begriffe von ihr. Wir
wollten ein Mitglied der Gesellschaft, und wir machen ein
Werkzeug derselben; wir wollten einen freien Mit-
arbeiter an unserem großen Plan, und wir machen
ein gestumpftes, lebendes Instrument desselben; wir töten
durch unsere Einrichtung den Menschen in ihm, so viel es
an und liegt, und vergehen uns an ihm und an der Gesellschaft.“

„Es ist nicht ein bloßer frommer Wunsch für die Menschheit,
sondern es ist die unerlässliche Forderung ihres Rechts und ihrer
Bestimmung, daß sie so leicht, so frei, so geblendet über die Natur,
so echt menschlich auf der Erde lebe, als es die Natur nur irgend
verflattet. Der Mensch soll arbeiten; aber nicht wie ein
Lasterer, das unter seiner Bürde in den Schlaf sinkt, und nach
der notwendigsten Erholung der erschöpften Kraft zum Tragen der-
selben Bürde wieder aufgestört wird. Er soll aggrös, mit Lust und
mit Freudigkeit arbeiten, und Zeit übrig behalten, seinen Geist
und sein Auge zum Himmel zu erheben, zu dessen Anblick er ge-
bildet ist. Er soll nicht gerade mit seinem Lasterer essen; sondern
seine Speise soll von demselben Futter, seine
Wohnung von demselben Stalle sich eben so unterscheiden,
wie sein Körperbau von jenes Körperbau unterschieden ist. Dies
ist sein Recht, darum weil er nur einmal ein Mensch ist.“

Man hat viel und häufig von Nationalität, National-
wohlstand u. dergl. geredet... Dies soll nun sein ein Wohlstand
der Nation; nicht einiger Individuen, deren höchster
Wohlstand oft das auffallendste Zeichen und der wahre Grund ist
von dem höchsten Uebelbefinden der Nation; er soll so ziemlich
über alle in demselben Grade sich verbreiten.“

„Die Hauptresultate der aufgestellten Theorie sind diese: daß
in einem dem Rechtsgehalte gemäßen Staate die drei Hauptstände
der Nation gegen einander berechnet, und jeder auf eine bestimmte
Anzahl von Mitgliedern eingeschränkt; daß jedem Bürger sein ver-
hältnismäßiger Anteil an allen Produkten und Fabrikaten des
Landes gegen seine ihm anzunehmende Arbeit, ebenso wie den
öffentlichen Beamten ohne schätzbare Äquivalent, zugesichert; daß
zu diesem Behufe der Wert aller Dinge gegen einander, und ihr
Preis gegen Geld festgesetzt und darüber gehalten; daß endlich,
damit dieses alles möglich sei, aller unmittelbare Handel der Bürger
mit dem Auslande unmöglich gemacht werden müsse.“

Solche Lehren propagierte ein Mann, mit dessen Berufung
die Berliner Universität ihre Wichsamkeit begann.

Inr Justizhanddebatte. Die „Post“ widmet ihrem Liebling-
gesetz zur endgültigen Beseitigung des Koalitionsrechts alljährlich
reichliche Artikel. Unser gestriger Leiter verfährt sie zum
Jubel, daß die Ausföhrten der Vorlage doch nicht schlecht sein können,
da wir besorgt und mutlos sind. Wir bilden allerdings den
Zustand ruhig ins Auge und mit Trauen der Festigkeit der
bürgerlichen Parteien gegenüber dem Drängen der Regierung und
den Beeinflussungen ihrer kapitalistischen Hintermänner. Wir haben
aber umso mehr Vertrauen zu der Kampfesfähigkeit
und Energie der deutschen Arbeiterklasse,
an der die Hoffnungen der Stämmlinge sicher zu Schanden werden.
Wenn es der „Post“ beliebt, unsern Appell an die Wachsamkeit der
Arbeiterklasse zu Gunsten ihrer Justizhandwünsche anzulegen, so
lassen wir ihr gern diese Freude, denn sie ist ihr Protektor haben
in letzter Zeit gar zu viel politisches Kegerzeug schlucken müssen.
Wir hoffen, daß die Freunde der „Post“ auch nicht gestört werde,
wenn wir aus einem guten Artikel des Privatdozenten Dr. Jastrow
in den zur bürgerlichen Konradischen „Jahrbüchern für National-
ökonomie und Statistik“ über die Art der Festhaltung und über
den Wert der Justizhandvorlage ein äußerst abweichendes Urteil
mitteilen. Dr. Jastrow behandelt die Justizhandvorlage von einem
bisher nicht beachteten Gesichtspunkte, nämlich insofern als dieselbe
eine Bedrohung der Gewerbegebiete bedeutet. Die
Denkschrift-Quellen, aus denen die Vorlage destilliert wurde, kritisiert
Dr. Jastrow sehr treffend:

„Wenn ein Staat meint, daß bei den Koalitionen der Arbeiter
Ausföhrungen vorkommen und wenn derselbe Staat Behörden
besitzt, die mit diesen Koalitionen in beständiger Föhlung sind, so
sollte man meinen, daß diese Behörden die geborenen
Gutachter sein müßten. Dazu kommt, daß das Gewerbegerichts-
Gesez in der That derartige Fälle vorgehen und die Gewerbe-
gerichte verpflichtet hat, auf Ansuchen von Behörden „Gutachten“
abzugeben. Es sind auch für die Erteilung von Gutachten an
größeren Gewerbegerichten, dem Gesez entsprechend, eigene Aus-
schüsse eingesetzt worden. Statt sich an die Gewerbe-
gerichte zu wenden, hat man sich aber an die Staats-
anwölter gewandt. Die Denkschrift ist im wesentlichen zu-
sammengesetzt aus Berichten der Staatsanwälte (ergänzt durch
andere Verwaltungsbehörden).“

Nun leuchtet auf den ersten Blick die Verschiedenheit der
Gesichtspunkte ein, unter denen die Koalitionen vom Gewerbe-
gericht oder vom Staatsanwalt betrachtet werden. Wer mit den
Koalitionen und ihren Vertretern in beständiger Föhlung
ist, wer die tägliche Arbeit kennt, die in diesen Vereinen und Ver-
sammlungen geleistet wird, der wird zwar über Ausföhrungen
auch nicht hinwegsehen, er wird in ihnen aber das erblicken, was
sie sind: die bedauerlichen, vielleicht zu häufigen Ausnahmen, aber
immerhin doch Ausnahmen. Wer hingegen mit den Koalitionen
von Berufswegen nur zusammenstößt, sobald sie sich Aus-
föhrungen zu Schulden kommen lassen, der wird von ihnen die
Vorstellung haben, daß sie, wo er ihnen auch begegnen
mag, immer etwas Böses im Schilde führen.
Daher ist in diesen staatsanwaltlichen Berichten unaufhörlich von
Verfehlungen die Rede, die thatsächlich oder vermeintlich auf Leiter
von Koalitionen zurückzuführen sind, ohne daß an irgend einer
Stelle der Versuch gemacht würde, zu einem Urteil darüber zu ge-
langen, der wieviel Teil der Koalitionsfähigkeit auf Aus-
föhrungen entfällt: ja, es wird sogar ganz ausdrücklich so ge-
sprochen, als ob Ausföhrungen und Koalitionsfähigkeit
im großen und ganzen einander decken.“

Dr. Jastrow schließt mit der Betonung der Notwendigkeit
einer Erweiterung des Koalitionsrechts:
„Unsere Gesetzgebung hat schon an zu vielen Punkten damit
begonnen, öffentliche Einrichtungen auf das Vorhandensein von
Koalitionen zu begründen, als daß sie darauf ausgehen könnte,
diese Koalitionen noch hinwegzuwischen. Ist dies aber nicht
mehr möglich, so muß man sich klar machen, daß der Wunsch, die
Koalitionen klein zu erhalten, schlechterdings nichts für sich anführen
kann. Im Gegenteil, giebt es einmal Koalitionen, so muß im allgemeinen
Interesse ihre möglichste Vergrößerung gewünscht werden, damit nicht
eine kleine Minderheit von Koalitierten das Gezeir führt. In
diesem Vergrößerungsprozess befinden sich gegenwärtig die deutschen
Koalitionen, und dieser Prozess wird noch eine lange Dauer haben,
da bis jetzt nicht mehr als 7-8 Proz. der deutschen gewerblichen

Arbeiter koalitiert sind. Daß in diesem Ausbreitungsprozess in dem
berechtigten Streben nach Vergrößerung der Koalitionen Aus-
föhrungen vorkommen, ist richtig und von allen Seiten (die
Socialdemokratie nicht ausgenommen) anerkannt. Allein daß die
Verföhrung der Strafgesetze ein Mittel sei, diese Ausföhrungen
zu verringern, ist eine Behauptung, die, so oft sie auch aufgestellt
worden ist, jedes Beweises ermangelt, und noch viel
weniger ist bewiesen, daß dies der einzige Weg sei. Die anschlages-
gebende Partei des Reichstages, das Centrum, hat für die Weiter-
beratung der Vorlage Anträge auf Sicherung des Koalitionsrechts
und auf rechtliche Anerkennung der Arbeiter-Vereine an-
geknüpft. Diese Anträge scheinen zwar zunächst als eine Art
Kompensation für neue Strafbestimmungen gemeint zu sein. Sie
sind aber mehr als das: sie sind ein Erlaß dafür. Förderung
der Koalitionen, größere Ausbreitung, gesetzliche Anerkennung (alles
Forderungen, denen auch Anhänger der Vorlage im Prinzip zu-
stimmen), das sind die Mittel, mit denen man nach allen historischen
Erfahrungen eine Verminderung der Gewaltthätigkeiten ebenso
sicher erreicht, wie man sie von einer Verföhrung der Straf-
bestimmungen vergebens erwartet.“

Der Kriegsminister v. Gölzer, so verlannt wieder, werde
dennoch aus dem Ministerium ausscheiden und das Kommando des
1. Armeekorps erhalten. An seine Stelle soll Generalleutnant Frei-
herr v. Geringe treten, jetzt Divisionskommandeur in Erfurt,
längere Zeit Direktor des Militär-Defensionsdepartements im Kriegs-
ministerium.

Herr v. Gölzer soll gehen, weil sein Auftreten bei der Beratung
der letzten Militärvorlage noch nicht herrlich genug gewesen sei.
Vielleicht nimmt er einige seiner Ministerkollegen mit sich, die es
bei der Justizhandvorlage an Widerstand mangeln liehen.

Frage und Antwort. Im „Reichsbote“ lesen wir:
„Es sei festgestellt, daß die liberale und socialistische Presse auf
die Frage, ob die Socialdemokratie revolutionär
sei, und auf unsere dazu gegebene Begründung noch immer keine
Antwort gefunden hat, sondern sich weiter in ein bedecktes Still-
schweigen hüllt.“

Wir haben dazu zu bemerken, daß wir die Hengabeln, Tot-
schläger und Epische bereits wohlgeordnet auf Lager haben, womit
wir versuchen werden, Breche in die Weste der Dummheit zu
schießen, die sich „Reichsbote“ nennt. Wir bitten also, zu zittern.

Die „Germania“ ist so freundlich, uns zu gestatten, die
Religion zu kritisieren. Nur eine Verhöhnung und Verhöhnung der
Religion will sie sich von niemandem gefallen lassen, am aller-
wenigsten von den roten Volksbegleitern.

Die Religion zu verhöhnen, könnte nur einem Flachlof bei-
kommen. Dagegen scheint es uns allerdings sehr angebracht, krasse
Mißbrände des religiösen Lebens lachend zu geißeln, für die eine ernst-
hafte Kritik Verwendung wäre. Oder sollten wir gegen die Walfahrts-
Säulenföhrer, die wir gestern schilderten, eine würdevolle Kritik
loslassen? Wir haben bemohe den Eindruck, als ob die „Germania“
wiel weniger erboht wäre selbst über eine Verhöhnung der
Religion, die wir für geschmacklos halten, als sie ergrimmt
sein würde über eine ernste Kritik von kirchlichen Miß-
bräuchen, an denen ihr Herz hängt.

Die „Kron-„Denkschrift“. Leichtfertige Blätter aus der
Scharfmacherei hatten es der Regierung dringend ans Herz gelegt,
zur Entkräftung des angeblich tendenziösen „Vorwärts“-Berichts
über die Fakultätsverhandlungen in Sachen Kron die „Kron-
Anlage“ zu veröffentlichen.

Wir können versichern, daß die Regierung nicht daran denkt,
diesem Wunsch zu willfahren; denn diese Anlage ist — und
das weiß die Regierung wohl — nach dem Muster der Denkschrift
zur Justizhandvorlage zurecht gebracht. Uns ist die Anlage-
schrift zwar nicht auf den Tisch geflogen, aber so viel
wissen wir doch, um beurteilen zu können, daß die Regierung sich
halten wird, unter ihrer Verantwortung ein Erzeugnis zu veröffent-
lichen, das teilweise auf arg verwillkürtem Material beruht. Als die
Anlage schrift ausgearbeitet wurde, nahm man — wie bei jener Denk-
schrift — das Material ohne Kritik her, wo es sich zufällig darbot;
man handelte naiv und ohne jede wissenschaftliche Zuverlässigkeit,
aber doch in gutem Glauben. Jetzt aber weiß die Regierung, wie
es mit ihrem Material steht, und darum wird sie die Anlage schrift
nicht veröffentlichen. —

Reinliche Scheidung. Der Chefredakteur der „Vossischen
Zeitung“, Herr Stephan, hatte demnach neulich vor Gericht
Gelegenheit, nachzuweisen, wie tugendhaft es für einen politischen
Redakteur sei, Klamm-Artikel für ein Unternehmen in den
Handelsteil seines Blattes zu lancieren und gleichzeitig
Aktien dieses Unternehmens zu zeichnen. Allgemein be-
wundert um dieser selbstlosen Handlungsweise willen konnte
Stephan seinen Mantel den Gerichthallen verlasten —
sein Fiedel haßte ihn, seine Verleumder wanden sich zerknirscht
am Boden.

Seit einigen Tagen hat nun die „Vossische Zeitung“ am Kopf
eine interessante Aenderung vorgenommen. Wo früher zu lesen war
„Verantwortlicher Redakteur Friedrich Stephan“ heißt es jetzt:
„Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme des Handels-
teils): Friedrich Stephan.“

Die reinliche Scheidung zwischen den Ressorts ist nun wenigstens
äußerlich vorgenommen, und damit hat sich die von Stephan
verhinderte Moral teilweise an ihm selbst bewährt: Bedenkliche Hand-
lungen gehen niemanden etwas an, so lange sie nicht zum öffent-
lichen Schandal werden. Arten sie aber dazu aus, so duldet der Ver-
leger Kessing den Kompromittierten keinen Augenblick mehr in seinen
heiligen Hallen.

Es scheint, als ob die Affaire Stephan trotz der glänzenden
gerichtlichen Rechtfertigung doch ein wenig als öffentlicher Schandal
empfinden worden ist. —

Die Verordnung zum Handwerksorganisations-Gesez
wird zwar erwartet, aber nicht vor Oktober. Es sind noch die Ab-
schnitte über die Handwerkskammern und über den Meisterartikel sowie
namentlich über die Beschränkungsverhältnisse im Handwerk in Kraft
zu setzen. Vornehmlich in letzterer Beziehung werden einschneidende
Aenderungen infortreten müssen, als das Halten von
Lehrlingen im Handwerk an bestimmte Voraussetzungen, wie
Vollendung des 24. Lebensjahres, gewisses Maß von zurück-
gelegter Lehrzeit ufm., gebunden ist. Ob der Bundesrat
von seiner Befugnis, für einzelne Gewerbe Ausnahmen von diesen
Vorschriften zu erlassen, Gebrauch machen wird, sieht den Berliner
Politischen Nachrichten“ zufolge, noch dahin. Im übrigen ist in den
Uebergangsbestimmungen des Gesezes selbst Vorforge getroffen, daß
nicht etwa Härten plagarissen. Jedenfalls haben alle Gewerbe-
treibenden, welche beim Erlaß des Handwerksorganisations-Gesezes
Lehrlinge hielten, das Recht diese anzulehren, auch nachdem die
neuen Vorschriften über die Beschränkungsverhältnisse im Handwerk in
Kraft gesetzt sein werden. —

Der Tuberkulose-Kongress, der kürzlich in Berlin stattfand,
hat selbst sehr lokale Gemüter davon überzeugt, daß mit privater
Wohlföhrigkeit der verheerenden Volkskrankheit nicht beizukommen ist,
daß der Kampf einzig auf dem Gebiete geführt werden müsse, auf
dem die Ursachen der Seuche liegen: auf dem socialen Gebiete. Es
ist nun sehr interessant, wahrzunehmen, daß sobald der einzelne sich
ernsthaft damit abgiebt, wirksame Vorsöhrge noch dieser Richtung
zu machen, er vollständig, meistens unbewußt, auf alle social-
demokratische Forderungen kommt. Im neuesten Hefte der „Wenz-
boten“, die man sicher kein Organ des Unfortschritts nennen kann,
kommt ein Herr Dr. Strinhal in einer Besprechung der Lehren
des Kongresses zu dem Schluß: zu den socialpolitischen Maßnahmen,
die die Vernichtung der Tuberkulose bewirken sollen, gehöre in erster
Linie: eine Verbilligung aller notwendigen Lebensmittel, ins-
besondere des Fleisches und der Getreide, d. h. eine Aufhebung
aller Zölle, die auf die Einföhrung gelegt sind.
Ferner müßte der Staat und das Gesez verhindern, daß leistungs-

fähige Unternehmer, insbesondere Aktiengesellschaften von einer bestimmten Höhe der Dividende ab, verarbeitete Arbeiter zu Wöhnen anstellen, womit eine Familie nicht ernährt werden kann. Ein Staat, der sich gesetzliche Mittel verschafft hat, um Industrien vor dem Untergang zu bewahren (Zuckerfabriken, Brauereien), braucht auch den Weg der Gesetzgebung nicht zu scheuen, wenn es sich darum handelt, hunderttausende von Arbeitern vor Ausbeutung zu schützen und ihren Familien die Gesundheit zu erhalten.

Unsere arbeiterfeindliche Regierung läßt natürlich solcher Maßnahme. Statt auf solchen Wegen zu wandeln, will sie das Koalitionsrecht erheblich einengen, so daß die Arbeiterklasse des besten Mittels zur Verbesserung ihrer Lohnlage beraubt und die angeblich belämpfte Schwindsuchtseuche noch unendlich gefördert werden würde.

Gegen die Polizeistunde. Der Norddeutsche Gastwirts-Verband nahm in seiner in Elmshorn stattgehabten Tagung u. a. folgende Resolution an: In Erwägung, daß das System der Polizeistunde in kultureller Beziehung einen Rückschritt bedeutet, die persönliche Freiheit des Individuums einengt, gewerblich den Vortrieb schädigt und zur Hebung der Moral und Sittlichkeit nicht beitragen kann, beschließt der dritte Verbandstag des Norddeutschen Gastwirts-Verbandes am 12. Juli 1899 zu Elmshorn, daß es Pflicht der gesamten Bevölkerung wie des gesamten Vortriebs ist, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln das schädigende System der Polizeistunde zu bekämpfen.

Wieder die Gründung einer Zwangsinnung bereitet — und zwar wieder in Köln. Die dortige Tischler-Zunft hatte vor einigen Tagen Vorstandswahl. Es waren zwei Kandidatenlisten aufgestellt: eine von dem Vorstand der Kölner Tischler-Zunft, die andere von den Gegnern der Zwangsinnung. Die Beteiligung war sehr lebhaft. Es wurden abgegeben bei der Wahl des Obermeisters 228 Stimmen, davon erhielt der Kandidat der Gegner der Zwangsinnung 143 Stimmen, der Gegenkandidat 85 Stimmen. Bei der Wahl der elf Vorstandsmitglieder wurden 200 Stimmzettel abgegeben. Auch hier siegen die Gegner der Zwangsinnung mit großer Majorität.

Die Zünftler haben Recht!

Zur kommunalen Wahlrechtsfrage in Schleswig-Holstein. Aus Kiel wird und geschrieben: Wie richtig unsere Annahme war, daß das Anstehen des Kieler Oberbürgermeisters in der Wahlrechtsfrage das Signal gewesen sei für alle Kommunen, die das Wahlrecht verfehlert haben, sich zunächst nicht an das Oberverwaltungsgericht, sondern an die Verwaltungsgerichte zu wenden, bestätigt sich jetzt. Auch der Magistrat von Radeburg hat die gleiche Stellung eingenommen, wie der Kieler. Auf einen Antrag, die seiner Zeit aus der Bürgerrolle gestrichenen Steuern wieder in dieselbe anzunehmen, hat der Bürgermeister Krommer dieses als zunächst unzulässig und ungeeignet erklärt. Die Bürgerrolle werde einzig und allein aufgestellt auf Grund des seiner Zeit genehmigten Ortsstatuts. Hierzu bemerken die der Regierung in Schleswig nachstehenden „Schlesw. Nachr.“:

„Diese Auffassung trifft durchaus zu; die Bürgerrollen werden aufgestellt nach den zur Zeit geltenden Ortsstatuten der betreffenden Kommunen; sollen fortan auf Grund der vielerwähnten Entscheidung vom 26. Mai 1899 in den verschiedenen Städten unserer Provinz die in diesem Urteil als allein zulässig und gesetzlich ausgegebenen Normen Geltung haben, so bedarf es vor allem erst einer dementsprechenden Abänderung der in Frage kommenden ortstatutarischen Bestimmungen durch die betreffenden Stadtkollegien und der Genehmigung dieses Beschlusses durch den Bezirksausschuß in Schleswig.“

Die Konsequenz dieser Anschauung wäre, daß im Falle die Stadtverordneten-Versammlung keine Regelung versprochen sollte, das Ortsstatut zu ändern, oder der Bezirksausschuß etwa die Genehmigung zu einem geänderten Ortsstatut verweigert, der Rechtspruch des höchsten Gerichts einfach nicht befolgt werden würde.

Die Verteidigung dieses Standpunktes zeigt einen solchen Mangel an Respekt vor rätlichen Entscheidungen, wie er gerade den Verteidigern des heutigen Rechtsstaats seltsam ansteht. Die Angst vor dem Eindringen der Sozialdemokraten in die Stadtbetretungen richtet wunderliche Dinge an.

Ausland.

Frankreich.

Die Wahregelung Régniers. Die Blätter melden, daß Millevoye nach Zusammenritt der Kammer den Kriegsminister über die Beweggründe der gegen die Generale getroffenen Wahregelung sowie insbesondere über die Wahregelung des Generals Régnier interpellieren werde. Ein Abendblatt behauptet, auch General Juranden solle seiner Funktionen als Mitglied des obersten Kriegsorgans enthoben werden. Dem Ministerium nachstehende Blätter berichten, die von dem Kriegsminister Gallifet eingeleitete Untersuchung habe ergeben, daß General Régnier den Text der inkriminierten Ansprache vorher niedergeschrieben und sämtlichen Generalen des 8. Armeekorps abschriftlich überreicht habe. Es handele sich also um einen an die Truppen zu richtenden Korpsbefehl. Die Abschrift sollten die Generale, wie aus einer Handbemerkung Régniers hervorgehe, vernichten. Gallifet schloß hieraus, daß Régnier sich der Geheimschrift und Disziplinwidrigkeit seines Vergehens völlig bewußt gewesen sei. Der Kriegsminister werde der Kammer den Text des Tagesbefehls gelegentlich der Interpellation Millevoyes vorlegen.

Paris, 27. Juli. Der frühere Präsident Casimir Perier wird als erster Zeuge im Dreyfus-Prozess in Rennes vernommen werden, weil er gleich nach seinem Verhör in die Sommerfrische abgereisen beabsichtigt.

Einer offiziellen Meldung aus Rennes zufolge ist der Gesundheitszustand Dreyfus ein guter.

Belgien.

Brüssel, 27. Juli. (Eig. Ber.) Das Einstimmrecht ist endgültig befeitigt. Die Rechte neigt immer mehr zur proportionalen Verteilung, aber der Führer der Rechten, Bueke, will den neuen Ausrichtungen seiner Parteigenossen nicht folgen und zieht den jetzigen Zustand vor. Da die Linke nicht für Proportionalität ohne allgemeines gleiches Wahlrecht stimmen will, so wird, wenn nur 12 Mitglieder der Rechten nicht für das Proportionalitätssystem eintreten, wahrscheinlich keiner der Vorschläge eine Mehrheit finden. Dann würde der gegenwärtige Zustand bleiben und das Ministerium müßte abtreten.

Spanien.

Madrid, 26. Juli. Der Senat beriet die Vorlage betreffend das Armeekontingent. Weyler sprach sich für Verminderung desselben aus und bemerkte, die Lage sei ernst. Es sei wahrscheinlich, daß eine Revolution ausbrechen werde, die Spanien erreichen werde, wie die von Serrano gemachte Revolution Spanien erreicht habe. Der Minister des Innern Dato erwiderte Weyler, das Heer stehe im Dienste des Vaterlandes und sei nicht zur Befriedigung der ehrgeizigen Bestrebungen einzelner da. Wenn irgend jemand, ob hoch oder niedrig, sich außerhalb des Gesetzes stellen wolle, werde das Gesetz unerbittlich sein. Darauf nahm der Senat den Gesetzentwurf an.

Amerika.

Kap Haitien, 27. Juli. Gerüchweise verlautet, der Präsident der Dominikanischen Republik, Gourcang, sei gestern Abend in Roca ermordet worden. Der Mörder sollte ein gewisser Ramon Caceres sein; die gesamte Polizei verfolge seine Spur. Der Vizepräsident Figueroa habe die Staatsleitung übernommen. Auf Haiti herrsche völlige Ruhe.

Augenblicks-Kartelle.

Die Sozialdemokratie ist heute eine Macht, mit der jede Partei rechnen muß. Sie übt einen Einfluß auf die Massen, an organisatorischer Kraft alle anderen Parteien; und da sie die Aufgabe der Partei ist, der in näherer und fernerer Zukunft der Sieg gehören muß, wenn anders es eine Vogl der Geschichte giebt, so dient ein Teil dieser Zukunftsmacht dazu, die moralische Bedeutung des Sozialismus von heute über seine wirkliche Macht hinauszuführen. Es zählen nicht nur die Millionen Wahlstimmen, die heute abgegeben werden, mit, sondern auch schon die weiteren Millionen, die sicher von Jahr zu Jahr hinzukommen werden.

Mit dieser Tatsache einer unüberwindlichen und zunehmenden Macht rechnen alle bürgerlichen Parteien. Infolge dessen sieht sich die Sozialdemokratie immer häufiger vor Entscheidungen gestellt, wem und wofür sie ihre Unterstützung zur Verfügung zu stellen habe.

Gerade im Augenblick bietet sich eine bunte Mannigfaltigkeit scheinbar widersprechender Kompromisse zwischen Sozialdemokraten und ihren verschiedenen Gegnern dar. In Belgien geht Sozialismus mit dem Liberalismus Hand in Hand wider die Klerik, und die revolutionäre Kraft ist dadurch so wenig geschwächt worden, daß die Verbündeten sogar in der Abwehr des Umsturzes von oben die Argumente der Vorklärer zu Hilfe gerufen haben. In Frankreich tritt ein Sozialist in ein Bourgeois-Ministerium, dem ein militärischer Vorklärer angehört. In Oesterreich nähern sich die Sozialisten und Liberalen, um den Kampf gegen das päpstliche gegängelte, borniert-brutale Kleinbürgertum aufzunehmen. Und endlich in Deutschland begiebt sich das Selbstamt, daß die bayrische Sozialdemokratie mit dem Centrum Kuhhandel treibt und ihm, wenn nicht die Mehrheit verschafft, so doch sie stärkt.

Alle diese Bünde sind keine Anzeichen dafür, daß die Sozialdemokratie einzubüßen beginnt an der Schärfe seiner prinzipiellen und tatsächlichen Einsichten, daß sie in der Bereinigung und Erweiterung begriffen sei, sondern sie sind vielmehr trüchliche Zeugen einer gesteigerten materiellen Macht.

Noch weniger sind diese Kompromisse taktische Neuerungen, sie sind vielmehr älteste Tradition, Fortsetzungen einer Taktik, die schon im kommunistischen Manifest in ihrer Notwendigkeit klar erkannt wurde. Stets haben zwei taktische Anschauungen in der Sozialdemokratie nebeneinander bestanden und sich innig ergänzt. Einmal, daß die Emanzipation der Arbeiter das Ziel der Arbeiterklasse sein muß, das heißt daß die Arbeiterklasse, als die Kerntruppe des sozialen Befreiungskampfes, danach streben müsse, fast genug zu werden, um jede fremde Hilfe entbehren und in den entscheidenden Zeiten allein den Sieg erringen zu können. In der Arbeiterklasse gehören natürlich auch jene verstreuten bürgerlichen Elemente. In Zeiten... wo der Klassenkampf sich der Entscheidung nähert, nimmt der Aufstiegsprozess innerhalb der herrschenden Klasse, innerhalb der ganzen alien Gesellschaft, einen so heftigen, so grellen Charakter an, daß ein kleiner Teil der herrschenden Klasse übergeht zu der Klasse, welche die Zukunft in ihren Händen trägt. Wie daher früher ein Teil des Adels zur Bourgeoisie überging, so geht jetzt ein Teil der Bourgeoisie zum Proletariat über, und namentlich ein Teil der Bourgeoisie-Ideologen, welche zum theoretischen Verständnis der ganzen geschichtlichen Bewegung sich hinaufgearbeitet haben.

Bei aller Ueberzeugung, diesen taktischen Grundgedanken in seiner ganzen Reinheit als ein unantastbares Vermächtnis zu betrachten, ist für die Politik des Tages, für die Entscheidung des Augenblicks niemals jene Elastizität in der Wahl der Mittel verwehrt worden, die in der praktischen Politik erfordert werden. Je strenger die Grundsätze vor jeder Beurteilung mit fremden Elementen behaftet werden, um so gefährlicher darf die Anpassung an die jeweiligen Verhältnisse im taktischen Kleinkampf genannt werden. Dieses Doppelwesen sozialdemokratischer Taktik, die dem Dualismus des Programms entspricht, hat gerade jene gewaltigen Erfolge erzielt, hat die Partei vor jener kleinrevolutionären Zankerei bewahrt, die alles von der „Entwicklung“ erwartet und demoralisiert, ehe der große Tag des Gerichts anbricht, in die Stunde spuckt, um mit einem modernen Komödientheater zu sprechen. Im kommunistischen Manifest wurde bereits die feste Aktionsfähigkeit programmatisch gefordert und ermöglicht. Und seitdem die Klassen der Sozialismus aus den Erfahrungen der Kommune die Lehre entnahmen, daß „die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann“, hatte die Sozialdemokratie erst recht keinen Anlaß, alle Entscheidungen und alle — Verantwortung der Zukunft zu überlassen. Die Abperrung und Enthaltenspolitik ist bequem, liegt radikal, ist aber die Politik der Trägheit und Unfruchtbarkeit. Im Schloß kann man allerdings nicht schlafen, nur ist es die größte Sünde, zu schlafen, wo die Pflicht gebietet, zu wachen und tätig zu sein.

Die Sozialdemokratie hat es nie nötig gehabt, ernstlich gegen das politische Abzinkenprogramm Front zu machen. Sie ist immer aktionsfähig gewesen, und nur, wenn die eine oder andere Aktion Bedenken erregte, verfuhr man bisweilen ein Prinzip zu verletzen, das niemals bestanden und niemals befolgt worden ist. Das ewige Gerede der bürgerlichen Ignoranten-Presse von der „Planierung“ mag monatelang diese verdorrte Lebnis des In-sich-selbst-Zurückziehens verschärfen haben.

In Wahrheit ist schon die Geburt der Sozialdemokratie ihre erste Planierung. Wenn man sich heute über die verschiedenartigen Kartelle, die die Sozialdemokratie eingeht, erstaunt und in Parteifreien Reflektionen um die Erhaltung der revolutionären Kraft hierauf gründet, so sind schon die Verfasser des kommunistischen Manifests Vertreter am eigenen Prinzip gewesen. Es lohnt sich, in die Erinnerung zurückzurufen, welche mannigfachen Kompromisse Marx und Engels am Vorabend der Revolution den Kommunisten empfahlen:

„Sie (die Kommunisten) kämpfen für die Erreichung der unmittelbaren vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklassen, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung. In Frankreich schließen sich die Kommunisten an die sozialistisch-demokratische Partei an gegen die konservative und radikale Bourgeoisie, ohne darum das Recht aufzugeben, sich kritisch zu den aus der revolutionären Ueberlieferung herrührenden Phrasen und Illusionen zu verhalten.“

„In der Schweiz unterstützen sie die Radikalen, ohne zu verlangen, daß diese Partei aus widersprechenden Elementen besteht, teils aus demokratischen Sozialisten im französischen Sinne, teils aus radikalen Bourgeois.“

„Unter den Polen unterstützen die Kommunisten die Partei, welche eine agrarische Revolution zur Bedingung der nationalen Befreiung macht, dieselbe Partei, welche die Krakauer Insurrektion von 1846 ins Leben rief.“

„In Deutschland kämpft die kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei.“

Man wird zugeben, daß diese alten Kompromißvorschläge grundtätig und sozialisches viel weiter gehen als unsere heutigen Kompromisse mit bürgerlichen Parteien. In der Gegenwart handelt es sich immer nur um Augenblicks-Kartelle, die zwischen Feinden für den Tag geschlossen werden, um Läden der Wahlsysteme zu überwinden, um Gefahren abzuwehren und bringende, aber nicht spezifisch sozialistische Aufgaben, zu erledigen. Man sucht da den Einfluß der Sozialdemokratie, um eine gemeinsame Angelegenheit des Proletariats und der Bourgeoisie gegenüber reaktionären Mächten zu fördern. Ja, bisweilen entbehren die Kompromisse jeder sozialen Grundlage, sie werden zum bloßen politischen Geschäft, in dem die Sozialdemokratie, um die Macht kaufmännisch-räuberisch unter sich zu verteilen. Ein Musterbeispiel der letzteren Art ist der bayrische Kuhhandel.

Voraussetzung aller dieser Augenblicks-Kartelle ist die Anerkennung der prinzipiellen Gegensätze. Je mehr sich die Sozialdemokratie auf Kompromisse einläßt, um so sorgfamer muß sie darüber wachen, daß sie an ihrem Programm keinen Schaden leidet. Taktische Kom-

promisse sind unbedenklich, wenn sie auf dem Boden klarer, scharfer Prinzipien erwachsen, wenn jene nur dazu dienen, um den Sieg dieser oder jener Partei zu sichern. Erst wenn die Kompromisse dazu führen, das sozialdemokratische Programm preiszugeben oder zu erweitern, wenn man um augenblicklicher Erfolge willen grundsätzliche Forderungen in den Kauf giebt, wenn man materielle Vorteile mit wissenschaftlichen Einsichten bezahlt — erst dann könnte und müßte man von Opportunitätspolitik reden, und dann würde Simon seine beste Kraft einbringen. Wie schließliche Kompromisse, um die andern zu schwächen, nicht uns. Wir nehmen lachend, was wir bekommen können — und fordern mehr. Uebrigens liegt die Gefahr, daß taktische Augenblicks-Kartelle zur programmatischen Verschärfung führen könnten, weit weniger bei Wahlkompromissen als bei parlamentarischen Handelsgeschäften.

Ueber die Wahrheit eines Programms entscheidet kein Erfolg des Tages. Der Sozialismus ist als wissenschaftliches System weit seinem Einfluß als Partei voraus. Er wurde darum nicht falsch, daß man ihn nicht hörte und ihm nicht folgte. Er hat sich auch niemals — und das ist das Geheimnis seiner Kraft — dazu verstanden, sich selbst zu mobilisieren und zu beugen, um Gehör und Befolge zu gewinnen. Er lauschte nicht nach den Meinungen der Menge, sondern er ruhte sicher und unbeteiligt in seiner wissenschaftlichen Erkenntnis. Im Vertrauen auf die Wahrheit zog er in den Kampf, jene Wahrheit, die heute misshandelt und verhöhnt wird, um, wenn ihre Zeit gekommen, eine Welt zu erobern. Umgekehrt verhält es sich mit den kleinen taktischen Maßnahmen, die die Stunde erfordert. Hier entscheidet über die Wichtigkeit einer Entscheidung nur der Erfolg. Die Rechnung wird durch die Probe bewährt, und jede Handlung muß auf ihre politische Klugheit geprüft werden, ob sich erfüllen wird, wozu sie unternommen, und ob sie auf dem Wege des Sozialismus liegt.

Gerade in diesem auf den Erfolg gestellten Charakter aller Augenblicks-Kartelle liegt ein erzieherisches Moment für die Sozialdemokratie. Sie lernt sich in dem Tagesbetrieb und Tagesbedarf der Politik zurechtfinden; sie gewöhnt sich daran, in den kleinen praktischen Entscheidungen zu treffen; sie schärft ihren Sinn für die richtige Beurteilung verwickelter Verhältnisse; kurz, sie übt sich für jene geschäftliche Tagespraxis der Politik, um deren Verwirklichung und Leitung die Partei — ungeachtet aller ihrer größeren Aufgaben — auch bereit ist nicht wird herkommen können, wenn sie die Verantwortung für das politische Geschehen tragen wird. Jenes Handwerksmäßige der Staatsmannschaft — das heute der Inbegriff politischer Weisheit ist — wird niemals ganz fehlen; es ist gut, daß die Partei, der die Zukunft gehört, sich auch die Weisheit in der Technik des politischen Kleingewerbes rechtzeitig aneignet.

Freilich wird man vor Vorwürfen nicht geschützt sein, wenn man sich einmal auf solche Aktionen einläßt. Aber in der Möglichkeit des Jrens reißt gerade die Sicherheit und Wichtigkeit des Handelns. Andererseits fällt es gerade auf diesem Gebiete schwer, rasche und bestimmte Entscheidungen zu treffen. Gründe und Gegenstände werden stets gegen einander ringen, die Ursachen sind kompliziert und die Wirkungen nicht mit mathematischer Juberlässigkeit vorauszusagen, weil die Fälle der bedingenden Faktoren kaum übersehbar ist. Schließlich ist der einzige Beweis der Erfolg; und darum wird auch das Urteil über denartige Kompromisse im voraus nur „ohne Gewähr“ abgegeben werden können, namentlich dann, wenn der Kritiker aus der Ferne urteilt und nicht in das Innerste des politischen Betriebes eingeweiht ist.

Versuchen wir nun, die drei markanten Fälle sozialistischer Kompromisspolitik, die gleichzeitig in den letzten Wochen die Aufmerksamkeit erregten, unter dem angegebenen Gesichtspunkt zu würdigen: nicht als Prinzipienfrage, sondern als Handlungen des Augenblicks, die ausschließlich nach ihrer politischen Klugheit oder ihrer Angewandtheit zu verteidigen oder zu verwerfen sind.

Gar keinen Anstoß hat in parteigenössischen Kreisen das Kompromiß erregt, das in Belgien die Sozialdemokratie mit den Liberalen einging. Obwohl das Bündnis von den belgischen sozialdemokratischen Führern teilweise in entzweielter Weise nach seiner Jrmigkeit und Freizügigkeit gewürdigt wurde, und obwohl man vor nicht allzu langer Zeit noch hören konnte, daß die belgische Bourgeoisie die schloßliche Europas sei, haben auch die ausländischen Sittenwächter der Klassenkampftheorie dies Kartell zum Schutze und zur Verbesserung des Wahlsystems gegen die klerikale Volksentziehung und Massenverdrummung mit großem Jubel aufgenommen. Der Erfolg bewies rasch die Zweckmäßigkeit des Bündnisses und der sonst angewandten Mittel.

Kinders in Frankreich. Der Eintritt eines Sozialisten in ein Kabinett, in dem ein Galiser Kriegsminister ist, hat in Frankreich heftigen Parteizwist, im Auslande vielfach Widerspruch gefunden. Scharf wird voraus, daß wir zunächst es für selbstverständlich halten, daß im Kampfe wider ein Justizverbrechen und den Militarismus, das zum Schutze der Republik gegen ein militaristisch-kerikales Kabinett die Sozialdemokratie jede Hilfe suchen und gewähren muß, die zur Abwehr dieser Gefahren erforderlich und verfügbar ist. Wir verstehen es sozialisches unsonstiger, daß das Verhalten einer sozialistischen Gruppe in der Dreyfus-Affaire als verätherisches Faktieren mit der Bourgeoisie bezeichnet wurde, als ja die Bourgeoisie in Frankreich vielleicht mehr als anderswo mit dem Militarismus und mit der korruptierten Justiz verbandelt ist. In dem Kampf gegen die Reaktion der chauvinistisch-militaristisch-kerikal-antirepublikanischen Verschwörung unthätig zu verhalten, bedeutete in der Wirkung auch eine sehr bedeutende Kompromisspolitik, freilich eine, in der man die mächtige Mehrheit der reaktionären Bourgeoisie gegen die Schwachen, vereinzelt bürgerlichen Idealisten forderte.

Wird die besondere Frage des Eintritts Willerands in das Ministerium. Man stellt hier die Frage falsch und abtreibt deshalb die Wichtigkeit der ganzen Angelegenheit. Die allgemeine Politik in den Kulturländern kennt heute um die Gegensätze des Kapitalismus und des Sozialismus. Bewegt sich die Politik in die Extreme, so ist es in der Tat bedenklich, daß ein einzelner sozialistischer Führer seine Aktionsfähigkeit durch den Eintritt in ein bourgeoises Kabinett aufgibt, wenigstens darauf hinzuweisen ist, daß sowohl in Frankreich wie in der Schweiz Sozialisten unangefochten zahlreich staatliche und kommunale Ämter bekleiden; es bedürfte also noch des näheren Nachweises, daß entweder die bestehende Praxis falsch ist oder die Parteijagdigung erst mit dem Ministeramt beginnt.

Aber diese ganze prinzipielle Frage der sozialistischen Ministerportefeuilles braucht hier nicht entschieden zu werden, weil sie gar nicht vorliegt. Willerand ist in kein Kabinett eingetreten, das allgemeine Politik zu treiben hatte. Das Ministerium hatte eine genau begrenzte Aufgabe zu erfüllen, die mit dem Sozialismus an sich nichts zu thun hat, an der es aber doch ein wesentliches Interesse hat. Es sollte ein Ministerium der Abwehr einer übermächtigen reaktionären Sippe gegenüber sein, ein Kabinett der Retention. War Willerands Eintritt für diese Aufgabe förderlich oder nicht, das allein war zu entscheiden. Er hatte nicht den Beruf, den Sozialismus direkt zu fördern oder Stellung zu nehmen in dem weltgeschichtlichen Streit der kapitalistischen und proletarischen Mächte, er sollte für die Zwecke einer Ausnahme- und Augenblickspolitik, für die Erhaltung und Sicherung der republikanisch-bürgerlichen Gewalt seinen Einfluß geltend machen. Hätte es sich um Aufgaben der in der Richtung der kapitalistisch-sozialistischen Richtung liegenden Politik gehandelt, so würde man im Ernst peinlich untersuchen müssen, ob Willerand sich durch den Eintritt in ein Bourgeois-Ministerium nicht zur Ohnmacht verurteilt. Aber hier kommt lediglich eine besondere Aufgabe in Betracht, in der das Ministerium im wesentlichen einmütig ist und in dem deshalb auch der Einzelne seinen persönlichen Einfluß zur Geltung zu bringen vermag. Man kann heute schon sagen, daß Willerand der spezifischen Sache, der dieses Kabinett zu dienen hat, mindestens nichts geschadet hat. Ganz belanglos ist es, daß er gerade mit dem „kommunistischen“ Gallifet zusammenkam. Es ließe eine unklare Empfindung, statt näherer Vertrautheit zu treiben, es hieße hinabtauchen in jenes gärende Chaos, in dem noch unauflösbare Massen ihre trüchlichen politischen Bedürfnisse ärmend, fanatisch, gellend äußern, wenn man

dem begründeten Hof gegen den Blutmenschen den entscheidenden Einfluss auf die politischen Entscheidungen verleiht. Auch hier ist die einfache, ohne Sentimentalitäten zu entscheidende Frage: Ist Gallifet der geeignete Mann, das unbotmäßige Militär in Schranken zu halten und dem Rechte freie Bahn zu lassen? Die Wahl Gallifets wirkte anfangs wie ein cynisch-verlegender satirischer Einfall. So viel man jetzt schon urteilen kann, ist dieser Einfall, dieses homöopathische Verfahren gegen den Militarismus, so überraschend es in seiner kühnen Brutalität wirken mußte, von günstigen Folgen gewesen.

Und wenn man selbst über den Namen Gallifet nicht hinwegkommt, so bleibt uns so wenig verständlich, wie man es über sich gewinnen konnte — wie es die Manifestanten gegen die Taktik Jaurès gethan haben — durch unthätige Duldung oder direkte Förderung die Klasse zu unterstützen, deren bloßes Werkzeug ein Gallifet gewesen ist. Dieselben Elemente, Monarchisten, Militaristen und Pfaffen, die die Niedermegung der Kommune vollführten und ihr jubelten, standen jetzt wider Dreyfus. Die antirevisionistischen Sozialisten gingen mit jenem Grafen de Mun zusammen, der von den Opfern der Kommune sagte: „Als man sie erschoss, haben sie alle mit einer gewissen Freiheit, die man keinem moralischen Gefühl zuschreiben kann, sondern dem Entschluß, lieber mit dem Leben fertig zu werden, als es in der Arbeit zuzubringen.“ Es war doch die glorreiche Armee, die die Kommune niederschaltete, die Armee, die selbst Socialisten heute zu verteidigen für nötig halten. Die Armee Frankreichs hat Euch gerettet. Paris ist befreit, der Kampf zu Ende, die Ordnung wieder hergestellt.“ So dekretierte Mac Mahon am 28. Mai auf den Leiden der Kommunekämpfer. Die Armee, die Bourgeoise, die Clerisei — das waren die Urheber der Missethaten, Gallifet war nur ein zufälliger Vollstrecker dieses Dreifundes. Ein einzelner, wie Gallifet, kann sich in einem Vierteljahrhundert ändern, nimmermehr aber eine Klasse. Die gleiche Klasse hat die Kommune hingemordet und das Dreyfus-Verbrechen begangen. Eine wunderbare Taktik, den ein n Gallifet, der heute fast als Reinger des Militarismus erscheint, ächten und die Klasse, die sich seit der Kommune gleich geblieben, unterstützen. Auch sonst sind der Ähnlichkeiten zwischen damals und heute viele. Wie die Presse von 1871 die Kommunards verleumdete, so tobt in unseren Tagen die antirevisionistischen Journale, d. h. anfangs die gesamte französische Presse mit ein paar Ausnahmen. Die Zeitungen machten sich, so berichtet Visagay, eine Specialität daraus, aus gefälschten Protokollen, falschen Autographen, deren Originale niemals betragt werden konnten, die aber den Kriegsgerichten als Zeugnisse dienen, Anlagen gegen die Kommunards zu häufen. Nicht anders wie heute. Und genau wie heute die Jola und Picquart und Jaurès, als einzelne, den Kampf gegen die Uebermacht der ganzen Nation aufnahmen, so gab es 1871 nur einige wenige Männer, die nicht von der „Epidemie der Freiheit“ ergriffen waren. Ein Victor Hugo protestierte gegen die Auslieferung der Flüchtlinge durch die belgische Regierung, und der vornehme Pöbel warf dem Dichter die Fenster ein. Die Kommune ward das Opfer derselben Gesellschaft, die Dreyfus mensichelte; und wer gegen diese Klasse und ihr Opfer kämpft, der gilt plötzlich als Verräter am socialistischen Princip. Dreyfus ist durch sein Geschick und durch seine Feinde — geschichtlich betrachtet — in die revolutionäre Klasse hinabgestoßen worden, er ist ein Blutzuge für die Brutalitäten, Niederrichtigkeiten und Verbrechen, der militaristisch-bürgerlichen Sippe. Freilich ein Unterschied, und ein erfreulicher, besteht zwischen den damaligen und den heutigen Vorgängen. Die Kommune ist jenen reaktionären Dreifund erlegen, heute beginnt die Bourgeoise vor der proletarischen Taktik eines Jaurès zu kapitulieren. Das Kabinett Waldeck-Rousseau ist ein Kapitulations-Ministerium vor der revolutionären Aktion. Wahrscheinlich, es gehört eine fanatische Leidenschaft, die Dinge auf den Kopf zu stellen, dazu, wenn man die Dreyfus-Sache als eine Angelegenheit der Bourgeoise betrachtet, weil ein Teil des Bürgertums schließlich zu den Revolutionären übergegangen ist. In ihren Anfängen und bis zu den allerletzten Zeiten war der Kampf für Dreyfus lediglich die Angelegenheit einzelner Idealisten und des Proletariats, das Jaurès folgte, weil es hinter den Antirevisionisten scharfblickend seinen alten Feind einherfahren sah: die militärisch genossene und kirchlich gefaltete Bourgeoise, jene Klasse, der die Kommune zum Opfer fiel.

Das Ministerium Waldeck-Rousseau-Gallifet-Millerand wird gehen, wenn seine Mission erfüllt. Hat es seine Aufgabe gelöst, so ist das ein Beweis, daß die Kombination von politischer Klugheit diktiert und damit existenzberechtigt war. Ein Ausnahmezustand hat ein Augenblicksartikel geschaffen, nichts weiter!

Endlich ein Wort über den bayerischen Kuhhandel, der dadurch ausgezeichnet ist, daß das Wahlbündnis keinerlei sachliches Moment einschließt. Socialdemokratie und Centrum bleiben das selbe, was sie bisher waren; sie reichen sich die Hände, indem sie sich bitter beschützen. Es war ein bloßes Wahlgeschäft: keiner forderte von dem anderen etwas als die formale Unterstützung gegen einen dritten. Man gab Stimmen und erhielt Stimmen. Es blieb bei dem äußerlichen geschäftlichen Zusammenwirken, ohne Liebe, eher mit Hof. Auch dieses Augenblicks-Artikel ist einzig nach seiner Zweckmäßigkeit zu beurteilen. Es hat keine Freunde, sondern nur Verteidiger gefunden, Advokaten, die auf Freisprechung plädierten. Es ist nichts Wesentliches für die Partei erreicht, das Mehr an Mandaten ist kein Mehr an parlamentarischen Einfluß. Dafür wurde das Centrum zwar nicht in die ausschlaggebende Stellung befördert — die hätte es auch ohne uns erhalten — aber wir waren doch seine Helfershelfer. Das Centrum aber ist — darüber darf seine demokratische und socialreformatorische Färbung niemanden hinwegtäuschen — die gefährlichste Macht, weil sie die härteste ist. Seine nicht sonderlich starke politische Organisation wird mehr wie aufgezogen durch die Subvention der gewaltigen kirchlichen Organisation, die zu brechen bisher in keiner Weise gelungen ist. Socialismus und Centrum bedeuten zwei weltferne, tödliche Weltanschauungen, Vergangenheit und Zukunft ringen hier verzwiefelt miteinander — wir meinen, wir haben keinen Anlaß, diesen überflüssigen Gegner noch zu kräftigen, auch dann nicht, wenn wie in Bayern der Liberalismus die Regierungspartei ist, eine brutal-kapitalistische, reaktionäre Regierungspartei. Denn es war keine Gefahr, daß die Liberalen die Mehrheit erhielten. Und ihr social-politisches Stimmstum verliert dadurch an Bedeutung, daß Socialpolitik im Wesentlichen Reichsfrage ist, während die Antikommunisten den Einzelstaaten gehören und gerade hier die Centrumsmacht die schwersten Bedrohungen in sich birgt. Unsere bayerischen Genossen haben wohl für ausschlaggebend die Erwägung gehalten, daß der reaktionäre Liberalismus in der Regierung durch eine Centrumsmehrheit geschwächt werden könnte. Und endlich erhofft man vom Centrum ein besseres Wahlsystem. Ob sich diese Erwartungen erfüllen werden, wagen wir jedoch nicht mit Sicherheit zu behaupten.

Gleichwohl steht auch in dieser, unseres Erachtens falschen Handlung, ein Erprobliches, das vielleicht von größerem Einfluß sein wird, als wir heute annehmen. Das ist die durch den Kuhhandel bewirkte Kompromittierung des Centrum. Genosse W. L. nimmt nun dieses Argument nicht ernst und weist auf mannigfache fälschere Kompromisse hin, die bei den Reichstagswahlen abgeschlossen worden sind.

Der Vergleich stimmt nicht. Der Unterschied zwischen den früheren Fällen und dem jetzigen Wahlsystem besteht darin, daß sonst nur verschämt und vereinzelt ein derartiger Handel unverbündelt abgeschlossen wurde. Diesmal hat man auf offenkundig den Pakt geschlossen, und als Kontrollanten erschienen nicht unmaßgebliche Lokalkomitees, sondern die Parteileitungen selbst in offizieller Würde. Diese erste offene, ja grundsätzliche Anerkennung der socialdemokratischen Verbündeten durch das Centrum bildet hinfort ein agitatorisches Moment von nicht geringer Bedeutung. Wir konnten bisher an die katholischen Arbeitermassen so schwer heran, weil das Centrum einen Wall von Verleumdungen gegen uns aufgeschichtet hat. In diesen Wall ist durch den bayerischen Kuhhandel eine kaffende Breche geschossen. Diesen Kompromiß wird man künftig ergiebig ausbeuten können, wenn uns die Pfaffen ihren Gläubigen als eine Bande von Verbrechen ausmalen. So wird man bei aller Abneigung gegen diese

Kompromiß schließlich doch das Endurteil bis dahin verlagern, wo sich zeigt, ob das erwähnte agitatorische Moment sich für uns so fruchtbar erweist, als wir hoffen möchten.

Gewiß, wer alle solche Kompromisse principiell verwirft, der hat es nicht nötig, das komplizierte Für und Wider mühsam abzuwägen, der hat das Glück, stets mit einem entschiedenen Urteil aufwarten zu können; er sagt nein, und damit ist er fertig, endgültig fertig, für alle Zeiten und Fälle. Wer die politische Augenblicksbedürftigkeit verachtet, der läuft keine Gefahr, Einzelbuntheiten zu begehen — er ist und bleibt ein Weiser, sofern man nicht etwa gerade diese Entlohnung für die Generaltheorie hält.

In jedem Falle sollte man nicht nervös werden und jede bedeutende Kompromittierung in der Tagespolitik gleich für den Untergang der Partei erklären. Das ist ein kleingläubiges Prophetentum. Denn wie gering muß das Vertrauen in die Wahrheit und Größe unserer Sache sein, wenn man jede Menschlichkeit, die unterläßt, für fähig hält, den Socialismus zu zerstören oder auch nur auf seiner Siegesbahn zu hemmen. Man tötet uns nicht mit dem Kleinkalibrigen, geschweige denn, daß wir in fahrlässigem Selbstmord daran sterben, wenn wir uns einmal ungeschickt Stednadeln in die Finger rügen. Die Augenblicks-Kartelle bilden eine Schule der praktischen Politik. Sie bildet uns so lange, als wir die sachlichen und tatsächlichen Grundgedanken, die Erzeugung des Kapitalismus durch den Socialismus und den Klassenkampf in seiner strengen Klarheit und unbedingten Grundbedeutung uns bewahren. Diese Schule würde uns erst dann schwächen, wenn wir in den kleinen Notwendigkeiten des Tages unser Ewiges verlieren würden, wenn wir über der Freude der Bewegung des Endziels vergäßen.

Darum sollte man auch die Bedeutung solcher tagespolitischen Entscheidungen nicht überschätzen, weder die Erfolge durch zweifelhafte noch die Schädigungen durch falsche Maßnahmen. Ja, es wäre nicht zum Guten, wenn sich das Parteileben in der Diskussion solcher Fragen erschöpfte. Die eigentliche, die wichtigste Aufgabe bleibt, die schwere Erziehung und Heranbildung der Massen zu gelehrten Menschen der Kultur und reifen Kämpfern für jene Organisation, die wir erstreben. Im Schöpferischen liegt unsere Arbeit, nicht in dem wenn auch noch so wichtigen, so doch vor unseren großen Aufgaben verschwindenden Meinungsstreit über — Augenblicks-Kartelle.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Steinarbeiter Berlins. Die Lohnkommission tagt täglich von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr nachmittags im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c, Telefon-Nr. 7, Nr. 1578 (Sonntagvormittag von 8 bis 10 Uhr). Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Lohnkommission.

J. A.: Fr. Vorkauf.

In der hiesigen Väterinnung „Germania“ ist es bereits zu einem ziemlich heftigen Zusammenstoß zwischen dem nengewählten Gesellenauschuss und den Innungsmeistern gekommen. Der Innungsvorstand hat die an sich gewiß recht löbliche Absicht, den auch von ihm anerkanntem in der Väterinnung herrschenden Verhältnissen etwas zu Leibe zu geben. Er beabsichtigt, durch eigene „Controleure“ d. h. durch zu diesem Zwecke gewählte Innungsmeister eine „scharfe“ Kontrolle der Vadsstuben, Schlafräume in hygienischer Hinsicht u. dgl., der Ausbildung der Lehrlinge u. v. v. vornehmen zu lassen; er beabsichtigt weiter, die mangelhafte Schulbildung der zumeist von auswärtig oder vom Lande bezogenen Lehrlinge zu verbessern durch Errichtung einer Fortbildungsschule neben der Fachschule, er beabsichtigt auch Reformen einzuführen in Bezug auf das Herbergswesen, Sprechmeisterwesen und anderes. Ueber die seitens der Controleure in Väterinnungsbetrieben vorgeführten Prüfstände sollen Protokolle aufgenommen werden, deren Ergebnisse man aber geheim halten will, um der Gesellenbewegung nicht Agitationsmittel an die Hand zu geben. In allen diesen Zwecken hat der Vorstand verschiedene „Ordnungen“ ausgearbeitet, von denen zunächst die Lehrlingsordnung in der letzten Innungsversammlung, zu welcher auch der Gesellenauschuss mit zur Beratung herangezogen war, zur Diskussion stand. Der Gesellenauschuss will aber nicht nur mit raten, sondern auch mitreden und verlangt demzufolge, nachdem die beantragte Beratung in gemischter Kommission abgelehnt worden war, in sehr energischer Weise für sich das Recht der Mitwirkung bei den vorgedachten Reformen, bei der Kontrolle der Vadsstuben, der Schlafräume, der Arbeitszeit der Gesellen und Lehrlinge, der Ausbildung der Lehrlinge u. dgl. Ein solches Verlangen erheben den Herren Innungsmeistern, die bisher gewohnt waren, sich als „Herren im Hause“ zu betrachten und den Gesellenauschuss nur als ein formelles notwendiges Uebel zu betrachten, etwas ganz Neues, Ungewöhnliches. Sie erhoben in ihrer gekränkten Meister- und Hausherrenwürde ein großes Petergeschrei und schlugen dem Gesellenauschuss sein berechtigtes Verlangen rundweg ab. Dieser verjagte daraufhin der vorgelegten Lehrlingsordnung seine Zustimmung. Trotzdem wurde dieselbe von den versammelten Innungsmeistern angenommen. Der Gesellenauschuss hat daraufhin gegen dieses Verfahren einen Protest zu Protokoll gegeben.

In die Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins und Umgegend.

Zur Unterstützung der dänischen Arbeiter sind von dem Vertrauensmann Arendt Marken von 10—50 Pf. zur Ausgabe gelangt, dagegen werden Listen nicht in Umlauf gesetzt. Es ist Pflicht eines jeden Werkstatt-Delegierten, sich mit Marken zu versorgen und an seine Mitarbeiter abzugeben. Die Ausgabe erfolgt jeden Abend dieser Woche durch den Vertrauensmann im Verkehrlotse bei Grundmann, Raunhuter 78.

In Rixdorf ist bei H. Griese, Berlinerstr. 55, eine Zahlstelle errichtet worden. Dort werden jeden Sonnabend Beiträge entgegengenommen und Mitglieder aufgenommen. Der Vorstand.

Zum Streik der Schmiede in Charlottenburg ist zu berichten: 14 Mann arbeiten bei 8 Meistern; die sich schriftlich zu den neuen Bedingungen verpflichtet haben; in drei Werkstätten wird gar nicht gearbeitet, in drei Werkstätten nur mit Verhelfen, und in sechs Werkstätten, in denen bislang 41 Mann standen, arbeiten jetzt 17 Schmiede als Arbeitswillige täglich elf Stunden und sind bei den Meistern in Kost und Logis. Wenn es ferner wie bisher gelingt, den Zugang fernzuhalten, dürfte es gelingen, endlich in Charlottenburg zeitgemäße, menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu erlangen. Das solcher Bedingungen wegen ein so hartnäckiger Kampf noch nötig ist, zeigt mehr wie alles andere die Rücksichtslosigkeit des Kleinmeisterstums. Wohl haben dieselben eine Erhöhung der Preise für ihre Produkte geplant, die Arbeiter aber sollen daran kein Teil haben, sie müssen sich die geringste Verbesserung ihrer Lage durch hartnäckige Kämpfe erzwingen.

Deutsches Reich.

Aufruf an die Former und Berufsgenossen Deutschlands! Seit dem 19. Juni stehen in Leipzig 550 Former und Gieberei-Arbeiter mit ihren Unternehmern in hartem Kampf, weil sie es sich nicht gefallen lassen wollten, daß 100 Kollegen der Firma Becker & Co. die um eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung seit dem 22. April im Streik stehen, zwei Jahre von der Arbeit ausgeschlossen werden sollten. Der Kampf der Bederschen Leute, der bis dahin von beiden Parteien ohne jede Beihilfe geführt wurde, bekam das jetzige Gepräge dadurch, daß am 3. Juni die Leipziger Metallindustriellen den Beschluß faßten: Wer von den Bederschen Leuten bis zum 12. Juni die Arbeit nicht bedingungslos wieder aufgenommen hat, bekommt innerhalb zwei Jahren in Verbandswerkstätten keine Arbeit.

Als wir dann die Gewißheit hatten, daß es die Unternehmer wahr machten, indem ein Streikender am 18. Juni in einer Werkstatt Arbeit erhalten hatte, ihm aber auf dem Arbeitsnachweis der nötige Schein mit der Bemerkung: „Fragen Sie in zwei Jahren noch einmal nach!“ erteilt wurde, war es uns klar, daß wir ganz energig Stellung hiergegen nehmen mußten.

Ja wir wären vielleicht, und das mit Recht, aus den Reihen der Klassenbewußten Arbeiter gestrichen worden, hätten wir uns diese Schmach antun lassen.

Nachdem nun mündliche und schriftliche Versuche, die Sache in Güte beizulegen, an dem Starbun der Unternehmer gescheitert waren, mühten wir zu oben erwähnitem Schritt greifen. 20 Redige hatten bereits den Leipziger Staub von den Füßen geschüttelt und 550 traten in den Streik, so daß nur ein kleines Häuflein Arbeitswilliger war und noch ist.

Kollegen! Wir wissen nicht, wie lange dieser Kampf noch währt, sind aber fest entschlossen, unser Recht bis auf den letzten Augenblick zu verteidigen. Wenn Ihr uns genügend unterstützt, indem sich niemand durch vielversprechende Insuperate hierher locken läßt, und uns, wenn sich irgendwo verdächtige Modelle zeigen, unverzüglich Mitteilung gemacht wird, um die notwendigen Schritte einzuleiten zu können, so muß der Sieg unser werden. Und unser Sieg ist Euer Sieg.

Streikkomitee der Former Leipzigs, Dresdenerstr. 20.
J. A.: Max Pfaller.

Alle Anfragen und Sendungen sind an diese Adresse zu richten.

Die Barbier- und Friseurgehilfen von Bielefeld sind in den Streik eingetreten. Sie fordern einen Wochenlohn von 17 M. bei Aufhebung der Kost und Logis beim Meister und den 9 Uhr-Aden-schluß.

Der Stand der Lohnbewegungen im Wupperthal. Nachdem am Freitag die letzten Fabrikanten die Forderungen der Färber bewilligten, ist der Färberstreik nach einer Dauer von 3 Wochen vollständig zu Gunsten der Arbeiter beendet. Um diesen glücklichen Ausgang des Kampfes machte sich der Gewerberat Fröhlich in Barmen nicht unbedient, indem er die Fabrikanten des öfteren zu einem Entgegenkommen gegen die Streikenden präparierte. — Ebenso glücklich für die Streikenden gestaltete sich durch Vermittlung des Gewerberats der Ausgang des Streiks der Wandwirker bei H. und W. Säröder in Barmen. Die Arbeiter traten seiner Zeit in den Ausstand, weil in der Berechnung eines Artikels plötzlich seitens der Firma eine Vorkürzung vorgenommen wurde. Nach einem achtstündigen Kampf wurde in einer seitens des Gewerberats veranlaßten Unterredung zwischen Arbeiter und den Firmeneinhadern eine bessere Berechnung des Artikels und Verlängerung der Arbeitszeit von 10 1/2 Stunden auf 10 Stunden täglich zuerkannt. — Bezüglich des Streiks der Maurer in Elberfeld und der Zimmerer in Elberfeld-Barmen sind wesentliche Veränderungen nicht zu berichten, so daß nach wie vor der Jugut fernzuhalten ist.

Ausland.

In Antwerpen sind die Diamantschleifer der Firma Jansen in den Ausstand getreten, weil die Leiter der Firma entgegen den Vorschriften des Kongresses der Diamantschleifer wieder Verhelfinge eingestellt hatte.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 27. Juli. (W. T. V.) Amtliche Meldung: Am 26. d. Mts. zwischen 2 und 3 Uhr nachmittags wurde auf der Straße Schlawe-Rügenwalde auf dem Ueberwege in Nr. 25418 ein Fuhrwerk überfahren. Der Führer des Wagens, Rentienempfänger Franz Pehlow auf Abbau Schlawe, Kreis Schlawe, wurde getötet, der Wagen vollständig zertrümmert. Das Pferd blieb unversehrt. Untersuchung ist eingeleitet.

Wien, 27. Juli. (W. T. V.) In der Dampfwascherei Bild fand mittags eine furchterliche Benzinexplosion statt, durch welche das Gebäude teilweise zerstört wurde. Bisher sind fünf tödlich Verwundete aufgefunden.

Budapest, 27. Juli. (W. T. V.) Der Minister des Innern ordnete die Disciplinar-Untersuchung an gegen den Vicegapan des Komorner Komitates wegen Forderungen, die an in Untersuchung befindlichen Personen verliert wurden.

Paris, 27. Juli. (W. T. V.) Heute nachmittags verbreitete sich an der Börse das Gerücht, der Generalismus der französischen Armee Jamont, sowie die Generale Meyinger, Serbo und Duchesne, alle 4 Mitglieder des obersten Kriegsrates, hätten durch begründete Briefe ihre Demission eingereicht. In einigen Minuten sank infolge dieser Meldung die französische 3prozentige Rente auf 99.— Fr. Dieser Rückgang war seit dem Goldminenraub von 1895 nicht mehr erreicht worden. Obgleich sofort ein offizielles Dementi vom Kriegsminister auf der Börse eintraf, schwand die Panik nicht ganz und die Börse endete mit einem Kurse von 99.60 Fr. für die französische Rente.

Brüssel, 27. Juli. (W. T. V.) In Regierungskreisen verlautet, in der morgigen Sitzung des Fünfzähler-Ausschusses werde die Vorlage für die verhältnismäßigen Wahlen mit etwa 10 gegen 5 Stimmen angenommen werden. Die Mitglieder der Regierung seien jetzt einig, sich dieser Vorlage anzuschließen. Demzufolge wird die Beratung der Gesetzesvorlage wahrscheinlich bereits nächste Woche beginnen.

Brüssel, 27. Juli. (W. T. V.) Die Gerüchte über eine bevorstehende Ministerkrise nehmen fester Formen an. Außer Vandenspeereboom und Minister Schollaert soll der Landwirtschaftsminister zurückzutreten beabsichtigen.

Kopenhagen, 27. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Das Regierungsblatt „Berlingske Tidende“ teilt mit, daß die Ausperrung am kommenden Montag bestimmt auf weitere 15 000 Arbeiter ausgedehnt werden wird.

Ueber diese neueste Aktion der Unternehmer meldet Wolffs Telegraphenbureau:

Die Direktion des Vereins der Arbeitgeber hat sich heute dahin geeinigt, nicht auf Grundlage der von dem Arbeiterverband vorgeschlagenen schiedsgerichtlichen Entscheidungen über den Arbeitern in Verhandlung treten zu wollen. Nach dem schon früher gefaßten Beschlusse der Arbeitgeber steht nunmehr die Ausdehnung der Arbeiterperrre auf insgesamt 15 000 Mann, besonders Textil- und Erdarbeiter, unmittelbar bevor.

Petersburg, 27. Februar. (W. T. V.) Hofreise bestätigen, daß im August in Wiesbaden eine Begegnung des Jaren mit Kaiser Wilhelm stattfinden wird.

Konstantinopel, 27. Juli. (W. T. V.) Konsularberichte bestätigen fortwährend Moskau unter den Armeniern durch Kurden in den Sandhells Ruß, Erzerum und Saffan.

Belgrad, 27. Juli. (W. T. V.) Der bei dem Attentate auf König Milan verwundete Adjutant desselben, Oberleutnant Lulitch, ist noch immer nicht als geheilt anzusehen, obwohl die Kugel unter Anwendung von X-Strahlen gefunden und dann aus dem Arm herausgezogen ist.

Pretoria, 27. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Der ausführende Rat hat in aller Form beschlossen, die Zahl der Vertreter des Rand im Volksraad von 2 auf 10 zu erhöhen. Dieselben sollen durch 5 gleichgroße Wahlbezirke gewählt werden, von welchen jeder je ein Mitglied zum ersten und zum zweiten Raad entsendet.

Cay Haitien, 27. Juli. (Meldung der „Agence Havas“.) Die Nachricht von der Ermordung des Präsidenten Henreang bestätigt sich. Der Mörder benutzte einen Augenblick, in dem der Präsident mit mehreren Freunden plauderte, um zwei Revolver-schüsse auf ihn abzufeuern. Der Präsident wurde gerade in's Herz getroffen und starb auf der Stelle. Es entstand eine große Panik. Juan Sidore Jimenes hat die besten Ansichten, Henreang's Nachfolger zu werden.

Die Massenausperrung in Dänemark.

Kopenhagen, den 25. Juli 1899.

Der Unternehmerverein hat uns heute ein Ultimatum überreicht, in welchem er im wesentlichen die schon früher aufgestellten und für uns ganz unannehmbaren Bedingungen betreffend die Aufhebung der Ausperrung aufrechterhält. Man verlangt, daß wir uns diesen erniedrigenden Bedingungen bis Freitag, den 28. Juli, unterwerfen, widrigenfalls die Ausperrung außer den 40 000 Mann, welche nun schon über 2 Monate gegen den Terrorismus des Unternehmeriums angekämpft haben, noch auf weitere 15 bis 20 000 Arbeiter ausgedehnt werden würde.

Diese neue Erweiterung der Ausperrung zeigt aufs deutlichste den Umfang des Unterdrückungswahnsinns, welcher die Kapitalistenklasse in Dänemark befallend hat und welche Mittel sie anwendet, um uns unter die Sklavenpeitsche zu bringen.

Durch die Inscenerierung der Ausperrung haben die Unternehmer die Verträge, welche sie feierlichst erklärt haben, mit Füßen getreten. Sie haben eine monatelange Scheinverhandlung vor dem Schiedsgericht und der Einigungs-Kommission geführt, obgleich sie schon im Voraus beschlossen hatten, daß diese Verhandlungen zu keinem Resultat führen dürften. Sie haben diese Institutionen nur zu dem Zweck benutzt, um eine Einmischung von anderer Seite aus in diesen, die ganze Bevölkerung ruinierenden Kampf zu verhindern, indem sie nur das eine Ziel vor Augen gehabt haben, durch tückischen Klugheit die Sache in die Länge zu ziehen, in der Hoffnung, daß der Hunger die Arbeiter schließlich zwingen würde, sich unter das Joch zu beugen.

Durch die Erweiterung der Ausperrung wollen sie nun der Hungerpeitsche eine noch größere Anwendung geben. Erst waren sie ca. 3500 Tischler auf die Straße und als Grund hierzu gaben sie an, daß 300 andere Tischler einen von ihnen geführten Streik nicht aufheben wollten. Diese Herausforderung fand schon vor 3 Monaten statt. Aber als die 300 Tischler sich darauf bereit erklärten, den Streik aufzuheben, war dieses nicht genügend. Nun forderte man das Recht dazu, einen Eingriff in das Organisationsrecht der Arbeiter vorzunehmen, und als wir uns diesem nicht fügen wollten, warfen sie vor 2 Monaten sämtliche Bauhandwerker und Metallarbeiter auf die Straße. Und da nun diese, trotz der über 2 Monate herrschenden Ausperrung, ihre Rechte nicht aufgeben wollten, sollen nun wieder 20 000 Arbeiter, mit welchen die Unternehmer nicht den geringsten Anlaß zum Streit haben, auf die Straße geworfen werden.

Eine solche Raserei hat gegenwärtig die Kapitalistenklasse in Dänemark ergriffen. Recht und Gerechtigkeit sind Begriffe, welche man vollständig über den Haufen geworfen hat. Nur die rohe Macht, der reinste Terrorismus, die rücksichtslose Brutalität sind die Leitfäden ihrer Handlungen, und ihr einziges Ziel ist das, unsere Organisationen zu erschüttern, um uns ungehindert tyrannisieren zu können, uns durch Hungerlöhne ausbeuten und uns durch eine verlängerte Arbeitszeit und tyrannische Reglemente verflauen zu können.

Aber es wird unseren Kapitalisten nicht gelingen, etwas von allem diesem durchzuführen, wenn unsere Parteigenossen und Brüder im Auslande ihren festen Willen dazwischen setzen, dieses zu verhindern.

Wir haben nun seit zwei Monaten in diesem gigantischen Kampf ausgehalten und wir sind bereit, auch weiterhin festzustehen. Aber es versteht sich von selbst, daß unsere Widerstandskraft geschwächt wird, je mehr die Ausperrung erweitert wird und je länger sie andauert. Die dänischen Arbeiter haben in diesem Kampfe eine ungeheure Opferfreudigkeit bewiesen und diejenigen, welche noch jetzt in Arbeit stehen, haben ihre schon im voraus hohen wöchentlichen Beiträge für die Ausgesperrten bedeutend erhöht. Die Ausperrung hat jedoch auch in denjenigen Branchen, welche nicht daran beteiligt sind, eine große Arbeitslosigkeit hervorgerufen, und wenn nun bald drei Viertel sämtlicher organisierten Arbeiter in unserm Lande auf die Straße geworfen sind, werden wir selbstverständlich außer Stande sein, mit unseren eigenen Kräften über unsere Unterdrücker siegen zu können.

Wir wenden uns deshalb mit einer erneuten dringenden Aufforderung an unsere Brüder im Auslande, uns zu Hilfe zu kommen.

Wir hoffen und glauben, daß unsere ausländischen Brüder durch vermehrte Beiträge uns in den Stand setzen werden, den Kampf zu Ende zu führen. Sollte es den Kapitalisten in Dänemark gelingen, uns zu besiegen, würde dieses Beispiel sicherlich von den Kapitalisten in den andern Ländern nachgeahmt werden. Jeder Arbeiter, gleichviel welcher Nation er angehört, unterstützt deshalb seine eigene Sache, indem er uns unterstützt.

Kein Arbeiter kann aus diesem Grunde ein gleichgültiger Zuschauer sein an dem Kampf, welcher jetzt in Dänemark ausgekämpft wird, denn jeder, welcher sich passiv verhält, unterstützt dadurch den Versuch des Kapitalisten, uns zu unterdrücken.

Unterstützt uns deshalb alle mit Beiträgen für unsere Ausgesperrten. Wir werden die Hilfe, welche wir erhalten, nicht verweigern, sondern jederzeit bereit sein, unsern Brüdern im Auslande beizustehen, wenn diese unsere Hilfe bedürfen.

Alle Geldsendungen erbitten wir uns an die Adresse: E. Svendsen, Römervgade 22, Kopenhagen K.

Mit brüderl. Gruß für die Centralisierten Gewerkschafts-Verbände in Dänemark: J. Jensen.

Partei-Nachrichten.

Friedrich Lehner über den deutschen Buchhandelskurs. Der altbekannte Parteiveteran in London, der letzte Überlebende aus dem Berliner Kommunistenprozess, der auf mehr als ein halbes Jahrhundert Geschichte der Arbeiterbewegung zurückblicken kann, teilt in einem Briefe an die Rhein. Zeitung seine Gedanken über den gegenwärtigen Buchhandelskurs mit. Er schreibt:

Nichts gelernt und nichts vergessen — dieses Wort tritt einem auf die Lippen, wenn man das Geschehen der Reaktion in Deutschland ansieht. Man sollte es in der That nicht für möglich halten, daß nach so vielen Niederlagen und bei dem offensichtlichen, stetigen Wachstum der Arbeiterbewegung die Leute noch glauben könnten, dem vordringenden Proletariat Einhalt zu thun. Wenn man hier mit Englandern darüber spricht, was gegenwärtig in Deutschland vor sich geht, so schütteln sie den Kopf über solche Dinge, die von der vereinigten Reaktion, von hohen Stellen bis herab zum Gendarmen begangen werden.

Geht es mir auch manchmal nahe, mit was für Schwierigkeiten die Genossen in Deutschland zu kämpfen haben, welchen Verfolgungen und Schädigungen an Leib und Seele die einzelnen Kämpfer unserer Sache ausgesetzt sind, so empfinde ich doch andererseits innige Freude über die Niederlagen, die sich eine nach der andern die Reaktion holt. Und wenn ich zurückblicke auf die 52 Jahre meiner Thätigkeit für die

Partei und überlege, was man unserer Sache alles angethan hat und wie sie trotzdem immer weitere, immer glänzendere Fortschritte gemacht hat, so stärkt mich das in dem Bewußtsein, daß die proletarischen Verfassungen einen Kern haben, der unsterblich, der der Keim zum Baum der Zukunft ist. Was damals von wenigen Männern begonnen, von der großen Masse noch nicht verstanden wurde, das ist heute zum Gemeingut der Arbeiterklasse geworden, die den Schatz hegt und pflegt und verteidigt gegen die Angriffe der herrschenden Klassen.

Wie es heute angeht, dem aufhaltsamen erstarkenden Selbstbewußtsein und Solidariätigkeitsgefühl der Massen noch Leute giebt, die da glauben, dieses starke Band durch Polizeihandeln sprengen zu können, das ist, wie gesagt, für jeden ein Rästel, der die Geschichte kennt. Hier kann man verächtlich sein, den Spruch anzuwenden: Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit! Ja, verblendet sind sie, die Schürmacher und Rückwärtler, verblendet durch ihr Herrengedächtnis, das ihnen nicht gestattet, die Macht mit andern zu teilen, verblendet durch ihre Profitgier, die sie treibt, die Arbeiter bis zum letzten Schweißtropfen auszunutzen.

Aber Polizeistraf und Hungerpeitsche, Zuchthaus und Säbelgerassel sind Argumente beschränkter Menschen, die das Gegenteil von dem erreichen, was ihre Anwender beabsichtigen. Die Massen werden durch sie aufgerrütelt und zum Klassenbewußtsein gebracht; sie wirken stärkend und einigend, wo sie doch schwächen und trennen sollten.

Und so mancher, der uns fern stand, so mancher aus bürgerlichen Kreisen, der sich noch einen Rest von Rechtsgedahl und Menschlichkeit bewahrt hat, wird zu uns hingetrieben, weil er in uns die Partei des Rechtes sieht. So wächst unsere Sache unaufhaltsam, unter Verfolgung und Verfehlung, trotz alledem und alledem!

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine Massenanklage ist gegen den verantwortlichen Redacteur der Wiener „Arb. Ztg.“ Genossen Neumann erhoben worden. Wegen eines Artikels: „Der Wahlrechtsraub vollbracht!“ haben 31 Herren die Beleidigungsklage erhoben. Außerdem hat sich der Wiener Oberbürgermeister Herr Dr. Lueger durch nicht weniger als vier Artikel beleidigt gefühlt und gegen Neumann Anklage erhoben. — So lohnt sich's wenigstens.

Sociales.

Die in Angelegenheiten der Kranken, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung erforderlichen amtlichen Bescheinigungen, Verhandlungen und Urkunden sind nach ausdrücklicher gesetzlicher Bestimmung gebühren- und stempel-frei zu erteilen. Soweit hierfür Auszüge aus den Standsamtsregistern erforderlich sind, können solche in abgekürzter Form erteilt werden. Zur Behebung entstandener Zweifel haben neuerdings die Minister der Justiz, des Innern und für Handel und Gewerbe darauf aufmerksam gemacht, daß die Bestimmungen ohne weiteres auch auf die Mitglieder der landes-gesellschaftlichen Knappschaftsvereine und deren Angehörigen zu erteilenden landesamtlichen Urkunden bezug. Welche Bestimmungen Anwendung zu finden haben, wenn solche zur Erteilung der den Knappschaften angewiesenen socialpolitischen Aufgaben in den eingangs bezeichneten Angelegenheiten benötigt werden. Gleichzeitg haben die Minister den Standsbeamten gestattet, aus Verleihenstonds-zugnisse, die in anderen knappschaftlichen Urkunden, wie zu der Aufnahme minderberechtigter Mitglieder unter die nichtberechtigten, der Festsetzung von Witwen- und Waisengeld, der Abfindung von einer neuen Ehe eingehenden Witwen usw. erforderlich sind, in der abgekürzten Form und zwar gebührenfrei anzustellen. Für vollständige Registerauszüge für Zwecke der letztgedachten Art sind nach wie vor die tarifmäßigen Gebühren zu entrichten.

Lokales.

Schulimpfungen gegen Tollwut. Das Ministerium hat über die im hiesigen Institut für Infektionskrankheiten, Berlin, Charité-strasse 1, übliche Art der Aufnahme und Behandlung der von tollwütigen Hunden verletzten Personen eine längere Verfügung erlassen, aus der folgendes zu entnehmen ist:

Im Interesse der von tollwutverdächtigen Tieren verletzten Personen und behufs Erzielung einer früheren Wirkung ihrer Behandlung wird dringend empfohlen, daß die Schulimpfung sofort vorgenommen wird. Es wird deshalb dringend davon abgeraten, den Beginn der Schulimpfung so lange hinauszuschieben, bis von dem Institut für Infektionskrankheiten nach Unterbindung von Nachrichten der verdächtigen Tiere die Diagnose Tollwut festgestellt ist. Die richtige Diagnose kann vor Ablauf von drei Wochen nach Eintreffen der Kadaverstücke nicht gestellt werden und dies bedeutet für die betroffenen Personen einen unter Umständen für sie verhängnis-vollen Zeitverlust.

Verletzte, welche sich der Behandlung unterziehen wollen, sind von der Ortspolizeibehörde der Direction des Instituts für Infektionskrankheiten schriftlich oder telegraphisch anzumelden und haben sich bei der Direction unter Vorlegung eines Zuweisungsbefehles der Polizeibehörde ihres Wohnortes vorzustellen. In Fällen, wo die Veranordnung der im Zuweisungsbefehle gestellten Fragen ausnahmsweise längere Zeit erfordert, kann die Aufnahme der Verletzten im Institut für Infektionskrankheiten auf Grund einer einfachen Bescheinigung der Ortspolizeibehörde erfolgen. Doch ist in diesen Fällen das ordnungsmäßig ausgefüllte Zuweisungsbefehl sobald als möglich nachzuliefern.

Die in Einbringungen bestehende Behandlung erfordert in der Regel nicht die Aufnahme in das Institut und ist inwieweit unentgeltlich. Dagegen ist für diejenigen betroffenen Personen, welche nicht ambulatorisch behandelt werden können, sondern in Ermangelung anderweitigen Unterkommens in Berlin in die Krankenabteilung des Instituts für Infektionskrankheiten aufgenommen werden müssen, an Verpflegungskosten schon bei der Aufnahme unter Berechnung des Tageslozes von 1,50 M. für jedes Kind unter 12 Jahren, 2.— M. für jedes ältere Kind oder für jeden Erwachsenen, für die Gesamtanzahl der Behandlung für den Kopf 45 bezw. 60 M. im voraus anzuzahlen. Etwas eintretende Ersparnisse werden zurückgezahlt.

Dem bisherigen Gewerbe-Inspektions-Assistenten Dr. Rasch ist unter Ernennung zum königlichen Gewerbe-Inspektor vom 1. Mai dieses Jahres ab die etatsmäßige Stelle eines Gewerbe-Inspektors für den Aufsichtsbezirk Berlin II verliehen worden.

In dem Enteignungstermin des Polizeipräsidiums gegen die Mieterin des Hauses Neue Kohstr. 13, Fraulein Horn, ist bestimmt worden, von einem Sachverständigen alle die dem Fraulein Horn durch die Aufgabe beziehungsweise Verlegung des Geschäfts betrie-blichen und Handel von Korsetts entstehenden Schäden abzuschätzen zu lassen.

Die Große Berliner Straßenbahn hat bei den zuständigen Behörden die Genehmigung erschiebener im Betriebes- und Verkehrsinteresse mindschwerer Ergänzungsfahrten nachgesucht und deren sofortige Ausführung in Aussicht gestellt. Es sind dies die Linien: 1. Schillingstraße — Engelnser und Wran-taustellstraße zwischen Mühlender- und Waldemarstraße; 2. Friesenstraße zwischen Markneudorfer- und Pionierübungs-platz; 3. Kästrinerplatz — Königsbergerstraße — Frankfurter Allee; 4. Winautplatz — Sinemünder-straße — Kamlerstraße; 5. Siemensstraße zwischen Warten- und Wenselstraße; 6. Stendaler- und Salz-wedelerstraße bis Quinowstraße; 7. Ede Poststraße;

7. Gesundbrunnen — Pöthensee durch die Gergier- und Seelstraße; 8. Gansaplatz — Altonaerstraße — Lechow-strasse — Goylowstraße — Alt-Moabit bis Wensel-straße; 9. Göben- und Pallasstraße 110; 10. Gräner-Brücke unter Mitbenutzung der Siemens u. Halske'schen Bahn zwischen Markbäuser und Reichenbergerstraße; 11. Friedrich-Karlsrufer zwischen Alt-Moabit und Karlsrufer; 12. Wäcker-straße über den Johannistich, Waterloostraße, Alexandrien- bis Dresdenerstraße; 13. Koloniestraße — Drontheimer-straße — Weichbildgrenze.

In aller Stille und ganz heimlich ist vor einiger Zeit ein neuer Vorortbahnhof eröffnet worden, so heimlich, daß selbst das Gros der Betriebsbeamten von der neuen Station noch nichts weiß. Es ist der an der Gölitzer Linie zwischen Zeuthen und Königswusterhausen belegene Haltepunkt Wildau, der an der neuen Schwarzloppfischen Fabrik angelegt ist. Auf der neuen Station halten fahrplanmäßig in der Richtung nach Berlin donnerstags vier, mittags zwei, in der Richtung nach Berlin nachmittags drei Vorortzüge. Biewohl der Betrieb ein fahrplanmäßiger ist, ist weder durch einen Ausdahn auf den hiesigen Bahnhöfen, noch durch einen Vermerk auf den Fahrplänen die Existenz von Wildau angekündigt.

Ein Teil der bei dem Einbruch in dem Warenhaus Columbia in der Münzstraße gestohlenen Gegenstände, und zwar drei Uhren sind durch die Kriminalpolizei ermittelt und den Ver-stohlenen wieder zugestellt worden. Am Dienstag verfuhr eine etwa 40-jährige Frau die Uhren in einer in der Königsstadt gelegenen Privatwäscherei zu veräußern. Der Pfandleiher erkaufte sofort die Gegenstände als gestohlen und schickte heimlich nach der Polizeiwache. Er suchte dann die Frau dadurch aufzufassen, daß er die Uhren recht sorgfältig prüfte. Die Unbekannte schöpfe jedoch Verdacht und unter der Angabe, daß sie ihre Legitimationspapiere vergessen habe und diese aus ihrer in der Klosterstraße belegenen Wohnung holen wolle, entfernte sie sich heimlich. Leider war der Pfandleiher nur allein zu Hause und konnte infolgedessen die Verfolgung der an dem Diebstahl zweifellos beteiligten Person nicht aufnehmen.

Auf frischer That erfaßt wurde in der Nacht zum Donnerstag ein Einbrecher. Gegen 3 Uhr früh wurde die in der Kastanien-Allee 50/51 ein Ledervereinigungs- betreibende Familie Wittenmann durch Lärmen der elektrischen Alarmglocke, welche die Eingangstür des im Vorderhause gelegenen Geschäftszimmers sichert und in der Vorderterrasse belegenen Privatwohnung des Geschäftsinhabers anschlägt, geweckt. Herr W. und seine Frau eilten zur Kellertür, während das Dienstmädchen auf die Straße lief, um Hilfe herbei-zuholen. Auf ihre Rufe erschienen alsbald mehrere hand-feste Männer und flogen mit Licht in den Keller hinab. Sie fanden den verdächtigten Einbrecher, der mit Kuch-faltstisch eingedrungen war, gerade bei der Arbeit. In seiner peinlichen Situation griff der Strichbude zum Messer. Von seiner Waffe konnte er jedoch keinen Gebrauch machen, da man ihm einen geladenen Revolver vor die Brust hielt und ihm dann das Messer aus der Hand schlug. Inzwischen waren drei Scharleute herbei-geeilt, die den Verbrecher festnahmen und nach dem zuständigen Revier in der Jehendenstraße brachten. In dem Einbrecher scheint ein „schwerer Junge“ festgenommen worden zu sein, denn nach seiner eigenen Äußerung hat er schon Zuchthaus abgemacht.

Nachhaftigkeit und Wachsheit haben die elf Jahre alte Tochter Charlotte des Pferdebesitzer-Schaffners St. aus der Marlsruferstraße zur Diebin gemacht. Die Diebstähle, die sie ab und zu verübt hat, wurden, allerdings ihr nicht, ebensowenig ihre Mutter einlaß; aber durchaus zureichende Nahrung. Am Montag hielt sich die Mutter in der Küche auf und Charlotte betrat ein Wohnzimmer. Dort sah sie im Wandschrank die goldene Uhr mit Kette und den Trauring der Mutter, sowie eine silberne Brosche. Sie konnte der Versuchung nicht widerstehen, eignete sich im Nu die Wert-sachen an und verließ dann mit unbeschämter Miene, wie sie ging und hand und ohne ein Wort an die Mutter, an der sie vorbeiging, zu richten, die Wohnung. Als das Kind nicht bis zum Abend zurückkehrte, merkte die Mutter den Dieb-stahl. Nun erfuhr sie auch, daß das Kind am Tage der Enttarnung in neuen Kostümen gesehen worden war. Seitdem aber ist es ver-schwunden. Wenn man bedenkt, daß kein Geschäftsmann von einem Kinde Schmutztafeln laßt oder in Besitz nimmt, so liegt die Ver-mutung nahe, daß Charlotte St. die Wertgegenstände mit feunder Hilfe zu Geld gemacht habe. Von dem Erlöse wird sie dann freilich nicht viel erhalten haben. In welche Gesellschaft das Mädchen geraten ist, konnte die Polizei bisher nicht ermitteln. Das sehr entoidelle Kind — blond mit blauen Augen — trug einen blauen Rock und eine rote Taile, war aber ohne Kopfbedeckung.

Die Unfälle vieler Kinder, hinter Herwagen herzulassen und aus der Ladung Hände voll herauszunehmen, hat zu einem schweren Unglücksfall geführt. Das siebenjährige Mädchen Lise Grobner aus der Philippstr. 15 hatte sich am Mittwochabend von der Philippstr. Poststraße hinter einen mit Heu beladenen Wagen in Gesellschaft anderer Kinder hergemacht und kam, als sie von der Seite Heu herauszog, zu Fall. Das eine Hinterrad ging ihr über den Körper und verursachte einen schweren Verbruch.

Ein schwerer Unglücksfall trug sich gestern mittag in der Nähe der Leisingbrücke zu. Ein Kahn, in welchem sich eine Frau befand, wurde von einem Dampfer erfasst und schlug infolge der durch die Schraube verursachten starken Wasserwirbel um. Die Frau verstand in den Wellen und konnte trotz sofort angestellter Ver-suche nicht gerettet werden. Die Leiche wurde an der Leisingbrücke gelandet, sie zeigte schwere, anscheinend durch die Schiffsschraube ver-anlasste Verletzungen.

Straßensperrung. Die Artilleriestraße von der Biegelstraße ausschließlich des Kreuzdamms bis zur Prinz-Friedrich-Karlstraße wird behufs Umplasterung bis auf weiteres für Fahrverke und Reiter gesperrt.

Aus den Nachbarorten.

Aus Nizdorf. Die seit einigen Tagen vernichte Weberfrau Bergmann, geb. Seiler, wurde gestern in einer Reptolwer Laube erhängt aufgefunden. Unglückliche Familienverhältnisse und gänzlicher Vermögensverfall haben die 55-jährige Frau in den Tod getrieben.

Infolge eines Fliegensichers ist im Briger Kreis-Krankenhaus die 24-jährige Ehefrau des Milchhändlers Paul Pösch in Brüg gestorben. Vor ca. acht Tagen wurde Frau P. in der Nähe von Kuhneim's Fabrik in Niederösterreich von einer Fliege hinter dem Ohr gestochen, worauf bald das Gesicht der Bedauernswerten be-darft anschwell, daß man ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Der Arzt konstatierte eine Blutvergiftung und verordnete Gegen-mittel, die aufschwellung griff jedoch immer weiter um sich und die Schmerzen wurden immer heftiger. Auch im Kreis-Krankenhaus konnte man die Bedauernswerte nicht mehr retten; unter größtlichen Schmerzen gab sie nach einigen Tagen ihren Geist auf.

Ein brennender Dampfer. Ein Dampfer der Firma Stahl-lop, welcher gerade mit einer Ladung Hühner und Kücheln unter-wegs ist und in den letzten Tagen am Volkow der Firma Wagners Witwe in Spanbau vor Anker lag, ist infolge Selbstentzündung der Hühnerkörner bei Pinnow in Brand geraten. Das ganze Vorder-deck ist verbrannt und nur dadurch, daß das Kücheln in Fässern im unteren Schiffsdamm nicht mit entzündet wurde, konnte das Schiff gerettet werden. Ein Mann der Besatzung erlitt erhebliche Brandwunden und mußte in ein Krankenhaus gebracht werden.

Friedrichshagen. Ein unnatürlicher Vater stand am Dienstag vor der Ferien-Strassammer des Berliner Landgerichts II. Der Bauer Carl Steinbock von hier war beschuldigt, u. s. w.

Holt mit seiner eigenen, noch nicht vierzehnjährigen Tochter unethische Handlungen vorgenommen zu haben. Die Verhandlung tagte unter Aufsicht der Öffentlichkeit. Der seit längerer Zeit in Untersuchungshaft befindliche Angeklagte leugnete anfänglich, später machte er Zugeständnisse. Auf Grund der Beweisaufnahme wurde er zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Im Zeichenstud in Trepow, wo am Spree-Ufer am Sonntagmorgen die Leiche eines Mädchens im Wasser und am Lande ein Männer-Strohputz gefunden wurden, kann mitgeteilt werden, daß die Sache eine völlige Aufklärung nicht gefunden hat. In der Leiche ist das Fräulein Anna H. erkannt worden, das schon seit zwei Jahren in der Großen Frankfurterstraße bei einer Wittwe W. wohnte. Fräulein H. stammt aus einer guten Familie, ein Bruder ist hier Oberlehrer. Sie war nicht mehr jung und hat nach Angabe der Frau W. Liebesverhältnisse nicht gehabt. Der Männer-Strohputz kann also zu ihr in keine Beziehung gebracht werden. Fräulein H. zeigte seit längerer Zeit Hang zur Schwermut, verließ am Sonntagabend ohne Angabe des Zwecks die Wohnung und hat sich wahrscheinlich selbst das Leben genommen.

Abgefaßt. Der 24jährige, mehrfach vorbestrafte Arbeiter Albert Hamme war in der E. L. Hagen Fabrik von Militär-Ausrüstungsgegenständen in Schöneberg in der Rankestraße 14 beschäftigt und schlich sich am Mittwoch während der Mittagspause in das Comptoir, um von dort eine Stahlfassette, in der sich bares Geld und andere Wertpapiere befanden, zu stehlen. Beim Versuch, die Kassette gewaltsam zu öffnen, war H. gestört worden, der seinen Raub in einer Ecke des Arbeitszimmers verbergte, den Verdacht der Thätlichkeit aber auf sich lenkte und auch von der Polizei überführt worden ist. H., der erst im März d. J. wegen Diebstahls eine dreijährige Gefängnisstrafe verbüßt hatte, gehört zu jener gefährlichen Einbrecherbande, die Schöneberg und Umgegend bisher unsicher gemacht hat, und von denen vor kurzem zwei andere Mitglieder hinter Schloß und Riegel gebracht worden sind.

Gewichts-Beitrag.

Wahrnehmung berechtigter Interessen. Die Kautschuk-Fabrikant Emma Kuntzow hatte am 8. April als Angeklagte Termin vor dem Schöffengericht. Als der Kriminalbeamte E. als Belastungszeuge gegen sie auftrat, unterbrach die Angeklagte ihn mit den Worten: Der Zeuge ist immer etwas besoffen! Namens des Kriminalbeamten stellte das Polizei-Präsidium gegen die Kuntzow Strafantrag wegen Verleumdung. Das Schöffengericht sprach sie frei, worauf der Staatsanwalt Berufung einlegte und im gestrigen Termine vor dem zweiten Instanz wegen der großen Verleumdung im öffentlichen Gerichtssaal eine empfindliche Strafe beantragte. Der Gerichtshof kam wieder zu einem freisprechenden Erkenntnis. Wohl hätte die Angeklagte wegen Ungebühr vor Gericht in eine sofortige Haftstrafe genommen werden können, aber der § 193 schütze sie vor einer Strafverfolgung wegen Verleumdung. Sie habe durch die beanstandete Äußerung nur den Einwand erheben wollen, daß der Zeuge ungläubwürdig sei. Dies sei ihr gutes Recht. Eine beleidigende Absicht sei ihr nicht nachzuweisen und bei der niedrigen Bildungsstufe der Angeklagten könne auch die von ihr gebrauchte Ausdrucksweise nicht in der Form als beleidigend angesehen werden.

Kautschuk-Schwandelen in erheblichem Umfange wurden dem Kaufmann Viktor Hübsch zur Last gelegt, welcher gestern der dritten Strafkammer des Landgerichts I aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde. Hübsch hat im Sommer vorigen Jahres in Niddorf ein Privat-Detektivinstitut gegründet, welches er nach wenigen Monaten nach Berlin verlegte, wie ein Mietschein mit der Aufschrift: „Privat-Detektiv- und Intelligenz-Institut“ dem Publikum zu erkennen gab. Zunächst hatte der Angeklagte nur einen Gehilfen, den ehemaligen Schlichtergerellen Schulz, der ohne weiteres zum „Bureauverwalter“ avancierte. Die Verlegung des Geschäfts nach Berlin machte, wie der Angeklagte angab, eine Vernehmung des Personals notwendig und ebenso mußte das Betriebskapital vergrößert werden. Nun begann die alte Geschichte. Der Angeklagte suchte durch die Zeitungen einen kautschukführenden jungen Mann. Es meldete sich zunächst ein Mann aus dem Wanderverkehrsstande, der 1000 M. Kautschuk hinterlegte und deshalb auch für brauchbar erachtet wurde. In dem Kontrakt gebrauchte der Angeklagte den Ausdruck „Einlage“ anstatt Kautschuk, welcher rechtliche Unterschied dem geschäftswegwardenen Bewerber nicht klar wurde. Obgleich der Kautschukgenosse so gut wie nichts zu thun hatte, nahm Hübsch bald darauf noch einen neuen Kautschuk an. Diesmal war es ein unglücklicher pensionierter Förster, welcher das Opfer wurde. Er war sofort bereit, die verlangte Kautschuk von 8000 M. zu hinterlegen, die ihm mit 4 pCt. verzinst werden sollte. Als der Bewerber seinem künftigen Chef für 4500 M. italienische Papiere übergab, machte der letztere den Vorschlag, daß die überschüssigen 1500 M. als Geschäftseinlage dienen und mit 10 Prozent verzinst werden sollten. Der Bewerber war hiermit einverstanden. Am 14. April nahm der Angeklagte einen dritten Angestellten an, welcher 1000 M. Kautschuk hinterlegte. Am folgenden Tage war Hübsch bereit und bald war das Gerücht verbreitet, daß er reichlich geworden sei. Er hatte seinem Personal nichts von der drabachtigen Reise mitgeteilt. Thatsächlich war er nach Antwerpen gefahren. Nach einiger Zeit wagte er sich nach Köln und hier wurde er auf Grund des hinter ihm erlassenen Steckbriefs verhaftet. Der Angeklagte bestritt, daß er seine Angestellten habe schädigen wollen. Er sei keineswegs gefährdet, sondern nach Antwerpen gereist, um dort eine Filiale zu gründen. Hier sei ihm schon nach wenigen Tagen eine Berliner Zeitung zu Gesicht gekommen, worin die Meldung von seiner angeblichen Flucht stand. Dies habe ihn zu Grunde gerichtet. Es sei ihm klar gewesen, daß er sein Geschäft in Berlin nicht mehr würde halten können, wenn er auch sofort zurückkehrte, ihm sei nur die Hoffnung geblieben, sich in Antwerpen eine neue Existenz zu gründen und deshalb sei er nicht nach Berlin zurückgekehrt.

Der Staatsanwalt gelangte durch die Beweisaufnahme zu der Ueberzeugung, daß man es mit einem Kautschuk-Schwandeler gewöhnlicher und gemeingefährlicher Art zu thun habe, er beantragte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von vier Jahren und 6 Jahre Ehrverlust. Der Verteidiger, Rechtsanwältin Sonnenfeld, wies darauf hin, daß der Angeklagte doch thätlich besonders in seinem Intasso-Geschäft mit bedeutendem Gewinn gearbeitet habe und nicht genügender Grund zu der Annahme vorliege, daß der Angeklagte von vornherein auf Betrug ausgegangen sei. Der Gerichtshof schied einen Fall aus und erkannte wegen der beiden anderen Fälle auf 1 1/2 Jahre Gefängnis.

Vom Seilmittelschwindel. Ein Doktor Rosenberg aus Berlin preist in Zeitungen sogenanntes „Lepin“ als vorzügliches Heilmittel gegen verschiedene Unterleibskrankheiten an. Eine Frau, die sich zwei Flaschen Lepin für 3,50 M. hatte schicken lassen, wußte nicht, was sie damit anfangen sollte, denn eine Gebrauchsanweisung erhielt weder die Annonce noch die Flaschen. Auf der letzteren war zu lesen, daß die Gebrauchsanweisung extra zu bestellen und extra zu bezahlen sei, während in der Annonce kein Wort davon gestanden hatte. Die Dame zeigte Dr. Rosenberg bei der Staatsanwaltschaft an, die denn auch ein Strafverfahren wegen Betruges gegen ihn einleitete. Rosenberg wurde in zweiter Instanz zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Das Landgericht führte aus, der Angeklagte habe das Publikum in den Glauben versetzt, daß das Lepin ohne eine zu bezahlende Gebrauchsanweisung angewendet sei. Rosenberg legte Revision ein und sein Vertreter bestritt vor dem Kammergericht, daß für ihn eine Rechtspflicht bestehe, in der Annonce anzugeben, daß eine Gebrauchsanweisung erforderlich sei. Ferner sei auch nicht eine Vermögensschädigung eingetreten, denn das Lepin werde thätlich ein vorzügliches Heilmittel. Das Kammergericht verzurückte jedoch mit folgender Begründung die Revision. Der Angeklagte wäre verpflichtet gewesen, schon in den Zeitungsanzeigen mitzutheilen, daß eine

Gebrauchsanweisung nur gegen eine besondere Entschädigung zu erlangen sei. Zudem ist das Lepin, habe er eine wahre Thatsache im Sinne des § 203 unterdrückt. Es sei anzunehmen, daß er hierbei die Absicht gehabt habe, sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen. Auch sei die Frau in ihrem Vermögen geschädigt worden, denn ohne die Gebrauchsanweisung seien die beiden Flaschen Lepin für sie wertlos gewesen. Daß der Preis von 3,50 M. kein zu hoher sei, spiele gar keine Rolle.

Verfassungen.

Der Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, Verwaltungshilfe Berlin, hielt am Sonntag, den 23. Juli, seine ordentliche Generalversammlung ab. Zunächst gedachte der Bevollmächtigte der verstorbenen Mitglieder Kupisch und Jeschke, worauf die Versammelten das Andenken der Verstorbenen in der üblichen Weise ehrten. Alsdann gab der Kassierer Werner den Vierteljahresbericht. Derselbe weist eine Einnahme vom 31. März bis 31. Juni in Höhe von 3508,47 M. auf. Die Ausgaben betragen 3385,80 M. Unter den Einnahmen sind 11 302 Wochenbeiträge a 20 Pf. gleich 2272,40 M., außerdem 1881 Agitationsbeiträge a 10 Pf. gleich 188,10 M. zu verzeichnen. An die Hauptkasse konnten 1579,80 M. abgeliefert werden. Für Agitation und Unterstüßungen wurden 728,37 M. ausgegeben. Die Revisionen bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung, worauf dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt wurde. Der Bericht über den Arbeitsnachweis im II. Quartal ergab folgendes Resultat: Gemeldet wurden 234 Stellen, davon direkt 186 Stellen, durch Kollegen 48. Der Branche nach wurden verlangt: 131 Hausdiener und Wader, 48 Kutscher, 90 Kohlenarbeiter und 25 Lauf- und Arbeitsburischen. Befestigt wurden für fest 75 Stellen, zur Aushilfe 26 Stellen, 103 Stellen konnten nicht besetzt werden, weil passende Kräfte fehlten, bei 90 Stellen war der Lohn zu niedrig. Bei den besetzten Stellen betrug der Höchstlohn 24 M., der niedrigste 16 M., der Durchschnittslohn betrug 18,90 M. Die Arbeitszeit betrug im Höchstfalle 17, im niedrigsten Falle 10 1/2 Stunden, Durchschnitts-Arbeitszeit 13 1/2 Stunden. Bei 45 der besetzten Stellen wurde Sonntagsarbeit bis zu fünf Stunden verlangt. Daran anknüpfend wurde ein Antrag angenommen, welcher besagt, daß sich die arbeitslosen Kollegen zweimal täglich im Arbeitsnachweis zu melden haben bezugs Ablehnung ihrer Arbeitslosenkarte, um so eine bessere Uebersicht zu haben über die zu zahlende Arbeitslosen-Unterstützung. Bei der Ergänzungswahl zum Vorstand wurde Franz Presta als Vorsitzender in der Central-Hauptvorstand gewählt. Ferner wurde Harnisch als 2. Bevollmächtigter für Berlin dem Central-Hauptvorstand zur Bestätigung vorgeschlagen. Als Revisor wurde Paul Horst gewählt. Der Bevollmächtigte gab noch bekannt, daß am Sonntag, den 6. August, eine öffentliche Versammlung der Expeditions-Arbeiter und Kollufischer bei Cohn in der Deutstraße stattfindet, und bittet um regen Besuch derselben.

Die Typsetzer hielten am Mittwoch in Fehs Saal, Brunnensstraße, eine vom Vertrauensmann David einberufene gut besuchte öffentliche Versammlung ab. Auf Antrag von lokaler Seite wurde der letzte Punkt der Tagesordnung: Gemeinsames Zusammengehen beider Richtungen im bevorstehenden Lohnkampf, zuerst behandelt. Wie aus den Ausführungen der Redner hervorging, hat eine von lokaler Richtung einberufene Versammlung eine Resolution angenommen, welche den Zusammenschluß der aus je drei Personen bestehenden Lohnkommissionen beider Richtungen befürwortet. Infolge dieser Resolution hat die letzte Deputierten-Sitzung veranlaßt, daß die Angelegenheit von der gegenwärtigen Versammlung beraten werde. Die dreistündige Debatte, welche über diesen Punkt entstand, brachte lebhafteste Auseinandersetzungen vorwiegend persönlicher Natur. Sachlich wurde von Vertretern der centralen Richtung gegen das Zusammengehen folgendes gesagt: Die Lokalorganisation sei so schwach, daß sie nicht verlangen könne, in der Lohnkommission ebenso stark vertreten zu sein, wie die centrale Richtung. Während die letztere in der Lage sei, selber die Streikunterstützung für ihre Mitglieder aufzubringen, werde die erstere das sicher nicht können. Die einzige Möglichkeit eines Zusammengehens sei der Uebertritt der Lokalorganisation in den Centralverband. Nur auf dieser Basis könne ein Streik durchgeführt werden. Schließlich stimmte die Versammlung mit knapper Mehrheit der Bildung einer gemeinschaftlichen Lohnkommission zu. Ein Redner der lokalen Richtung erklärte darauf, daß diese auf die Mitglieder, welche gegenwärtig die Lohnkommission der lokalen Richtung bilden, verzichten würden, weil man auf centraler Seite an diesen Personen Anstoß genommen habe. Hilsker, Mitglied der centralistischen Lohnkommission, erklärte, daß er und seine Kollegen von der Kommission zurücktreten, weil sie nicht mit der lokalen Richtung zusammenarbeiten können. Es wurde nun die Wahl einer neuen Lohnkommission vorgenommen. Gewählt wurden: Schanemann, John und Frede von centraler, Ridel, Wenzel und Ernst Thieme von lokaler Seite. Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden bis zur nächsten Versammlung vertagt.

In einer Versammlung der Schuhmachermeister am Mittwoch referierte Genosse Meyner über die Frage: „Wollen wir eine Zwangsvereinbarung über nicht?“ Diese Frage zu beantworten, sei durchaus nicht schwer, denn in Rücksicht darauf, daß im Schuhmachergewerbe wie in fast allen anderen Berufen, die allmähliche Verringerung des Lohnes im mangelnden Betriebes nur eine Frage der Zeit ist, sei es völlig zwecklos, noch eine Zwangsvereinbarung zu errichten. Denn — schließlich Redner seine mit lebhaftem Beifall begleiteten Ausführungen — die Zwangsvereinbarung haben bisher nichts Bedeutendes geleistet, sie werden auch in Zukunft nichts schaffen können!

Wie zu erwarten, entspann sich nunmehr eine recht lebhafteste Diskussion. Zunächst war es der Obermeister der Berliner Schuhmachervereinigung, Herr Bierbach, der trotz der nur sachlichen Ausführungen Meyners diesen als „Geführlig“ und Anhänger der „Arbeiterpartei“ bezeichnete, deren Wahlspruch laute: „Proletariat aller Länder vereinigt Euch!“ Danach dürfe man es auch den Handwerker nicht verdenten, wenn sie sich vereinigen zur Erreichung besserer Lebensbedingungen, denn: „Sind denn die Handwerker nur dazu da, um ihre eigenen Totengräber zu sein?“ Die Gesetgebung, Gewerkschaften zu sein schuld am Niedergang des Handwerks! Wenn Meyner bemerke, daß sich doch Fabriken und Kleinunternehmungen entwickeln würden, so sei die Socialdemokratie schuld daran, weil sie diese Gesetgebung unterläßt habe. Er (Redner) lasse sich aber von keiner Partei Vorschriften machen. Wäre die Gesetgebung eine andere, dann bräuhne man eben keine Zwangsvereinbarung. Denn so lange wir noch einen tüchtigen „Mittelstand“ haben, kann der socialdemokratische Weisen nicht blähen. Daß auch die Innungen vorteilhaft seien, beweisen die günstigen Verhältnisse der Schuhmachereinnungs-Krankenkasse. Damit es aber, meint der Redner weiter, nicht wieder in dem Zeitungsbericht des „Vorwärts“ heiße, daß schon durch die Wahl des socialdemokratischen Bureau's, die Innungsmeister unterlegen seien, teile er mit, daß am Montag, 31. Juli, eine von diesen einberufenen Versammlung stattfindet, zu der nur selbständige Schuhmacher Zutritt haben. Im übrigen empfahl er die Annahme einer Resolution zu Gunsten der Errichtung einer Zwangsvereinbarung.

Die Versammlung nahm, während die nachfolgenden Redner Wangermann, Vogt, Vogelgang, Ruich, Partsch, Ege u. a. Herrn Bierbach widerlegten, mehrfach einen sehr erregten Verlauf, indem die anwesenden Innungsmeister durch fortwährende Zwischenrufe Unterbrechungen und Störungen hervorriefen. Bezeichnend sei es jedenfalls, daß gerade Innungsmeister es sind, die sich erboten, das Verbot der Stiefel anstatt für den jetzt allgemein üblichen Satz von 3 M. für das Paar für 1,90-2 M. zu liefern. Wenn die Innungs-Krankenkasse anscheinend glücklicher gestellt sei, so konnte das eben daher, daß bei Innungsmeistern fast nur jüngere Arbeiter, die Berlin als bald verlassen, beschäftigt sind, auch selten die Kasse in Anspruch nehmen. Dagegen habe die Detalle überwiegender ältere, verheiratete, demnach ortsbewohnte Mitglieder, welche die Kasse mehr in Anspruch nehmen. Nachdem noch die Herren Bierbach

und Hüner gesprochen und Meyner in seinem Schlußworte die Ausführungen dieser beiden Redner unter lebhaftem Beifall der Versammlung widerlegte, indem er u. a. darauf verwies, daß alle die von der Zwangsvereinbarung geforderten Einrichtungen längst bestehen, gelangte unter lebhafter Erregung und Zwischenrufen der Innungsmeister nachstehende von Ege empfohlene Resolution mit etwa dreiviertel Mehrheit der Anwesenden zur Annahme: „Die am 28. Juli in Cohns Festsaal tagende öffentliche Versammlung selbständiger Schuhmacher erkläre in der Einführung der Zwangsvereinbarung keine Verbesserung der überaus schlechten Verhältnisse im Schuhmachergewerbe. In diesem Sinne erklären die Anwesenden, in der Versammlung bei der endgültigen Abstimmung, die Errichtung einer Zwangsvereinbarung für das Berliner Schuhmachergewerbe abzulehnen.“ Die Resolution des Herrn Bierbach wurde mit demselben Stimmenverhältnis abgelehnt. Hierauf wurde die Versammlung, mit der Wahlung des Vorsitzenden, in der Versammlung der Innungsmeister am Montag, 31. Juli, auf dem Posten zu sein, da nach dem Befehl die Abstimmung der Anwesenden für Errichtung oder Ablehnung der Zwangsvereinbarung gültig ist, nachts gegen 2 Uhr geschlossen.

Arbeiter-Bildungsschule. Freitag: Gesäthe (Die deutsche Literatur in den letzten 50 Jahren). Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner. Vesp. und Diskussionsklub. Freitag. Diegen, Schäfer, Bienenstraße 39. — Karl Marx, Mannmann, Biederstr. 42. — Strauß, Girdig, Straußstr. 17. — Reimer, Seidel, Biederstr. 19.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgegend. Vorsitzender Adolf Neumann, Brunnensstr. 150. — Alle Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Kaufstr. 33. — Freitag, Uebungshunde abends 9-11 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. — Kaiserlicher Männerchor, Wernau, Schwedstr. 23/24. — Nord, Adolf Neumann, Brunnensstr. 150. — Unversagt I, Battershof, Stallstr. 51/52. — Singschüler Männerchor, Fährtenhof, Köpenickerstr. 137/38. — Vereinte Sangesbrüder Koschitz, Papp, Büttlichstr. 10. — „Freiwilligen“, Sacke, Lindowstr. 28. — „Gemüthlichkeit“, Wagner, Kräger, Seebachstr. 30. — Morgenrot I, Charlottenburg, Leber, Wilmersstr. 74. — Typographia, Arminienallee, Kommandantenstr. 20. — „Georgina“, Dornblüh, Böttcherstr. 52. — „Reinhold“, Brin, Wehrstr. 11. — „Johanniter“, Bismarck, Weisse, Weinmännchenstr. 23. — „Preis“, Rastin, Naunmstr. 80. — Männer-Sängerverein, Brandenburg a. H., Rengier, Böhmerstr. 6. — „Viertel“, Bogel, Brunnensstr. 78. — „Freie Liedertafel“, Rann, Straßburgerstr. 3. — „Nordwest“, Wilmersstr. 7. — „Sängerchor“, Neudamm, Korowitz, Friedrichstraße 6. — „Eintracht II“, Eberwalde, Hagelwald, Eisenbahnstr. 65. — „Götterfrucht“, Stuccatore, Greiser, Oranienstr. 109. — „Neue Zeit“, Lorenz, Datt u. Holzfahrer-Ges. — „Vereinschor“, Brandenburg a. H., Böttcherstr. 6. — „Kriegsmärscher Männerchor“, Weisenfer, König-Charlottenstr. 38. — „Kantons-Kantonschüler Männerchor“, Gabel, Landsberger Allee 156. — „Sänger II“, Spandauer Straße 13. — „Trepow“ in Trepow, Stauffeld, Bauu, Juleweg. — „Metallarbeiter-Chor“, Zober, Kartusstr. 14. — „Treu“, Rowad, Ranzowstr. 9. — „Arion“, Niddorf, Fischer, Gestirne 8. — „Sangesbrüder“, Gomb, Marllinsstr. 8. — „Gespang“, Rauwer, Niddorf-Brick, Niddorf, Brauer, Hermannstr. 109. — „Gesang der Dager“, Schiller, Rosenkammerstr. 57. — „Rechtler Liedertanz“, Spreckelien, Richterstr. 27. — „Freie Sängerverein“, Hegermühle 6. Eberwalde, Baumg, Jagdschützen. — „Kosalla“, Pöten, Köpenickerstr. 34. — „Nur“, Rangesch, Weimergstr. 18. — „Kofenrot“, Quade, Schwedstr. 11a. — „Sängerchor“, Sander, Köpenickerstr. 158. — „Schuhmacher Berlin“, Weigmann, Androstr. 32. — „Allianz“, Kaiser Franz Grenadierplatz 7 (Restaurant). — „Vorw“, Radat, Naunmstr. 6.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgegend. Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Eugen Wächter, Niddorf, Wilmersstr. 1, IV. Freitag: „Germania“, Kubast, Kridstr. 25. — „Große Stunde“, Gauger, Alexanderstr. 122.

Gesang, Turn und gefällige Vereine. Freitag. „Mittelm.“ „Hellenen“, Böttcher, Krautstr. 6. — „Wulst“, Arion, Gabel u. Jäger, Fährtenhofstr. — „Kantonsklub“, Ohne Zwang“, Spitz, Wehrstr. 28. — „Turn-„Gesangsbrüder“, abends 8 1/2-10 1/2 Uhr: 1. Männerklub, Vantstr. 9-10. — „Turn-„Oper“, Blumenstr. 63a. 8 1/2-10 Uhr (Vertragsabteilung); Krautstr. 49. von 8-9 1/2 Uhr (Damenklub). — „Kantonsverein“, „Allegretto“, Bismarckstr. 38. — „Statistik“, „Gemüthlichkeit“, Restaurant Vagenhofer, Laufiger Weg 10. — „Statistik“, „Gefälliger Grund“, Eimon, Wilmersstr. 46. — „Arbeiter-Turn-„Weisenfer“, Turnstunden abends 8-10 Uhr. — „Kantonsklub“, Parfstr. — „Vergnügungs-„Buntass-„Kantons“, Sitzung jeden Freitag nach dem 1. und 15. im Monat, Neues Klubhaus, Kommandantenstr. 72. — „Hilker“, „Trot“, Waldemarstr. 13.

Arbeiter-Turnerbund. Freitag. Turno, „Fichte“, Berlin, Köpenickerstr. 3. 5. Männerklub, Niddorfstr. 67. 6. Männerklub, Stallstr. 54. 1. Lehrlingsklub, Friedenstr. 37. 3. Lehrlingsklub, Böttcherstr. 17/20. 1. Damenklub, Mariannen-Ufer 1a. — „Freie Turnerschaft“, Niddorf, Brückstr. 3. Schillerstr. abends 8 1/2-10 1/2 Uhr. 8. Männer- und Lehrlingsklub, von 8 1/2-10 1/2 Uhr abends, Hoffmann, Böttcherstr. 151/152. — Turnerschaft d. „Kantons“ (gegr. 1882), Männerklub, von 8-10 Uhr abends, Weisenferstr. 131/132. Damenklub, v. 8-10 Uhr abends, Wilmersstr. 7. — Turnverein „Globe“, Adenau, Männer- und Jugendabteilung von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends, Hotel Klein am Wilhelmplatz. — Turno, „Froh u. Frei“, Groß-Lichterfelde, Bogel, Utaffestr. 104. 8 1/2-10 1/2 Uhr abends. — „Freie Turnerschaft“, Friedrichsfelde, abends 8 1/2-10 1/2 Uhr, Dade, Princes-Allee 30.

Arbeiter-Schwimmerbund. Anfragen an G. Bratz, Schultstr. 24. Schwimmklub „Reptun“, Weisenfer, abends 7 1/2 Uhr, im Seebad Weisenfer. — Schwimmklub „Vorwärts“, abends 7 1/2 Uhr, Wandstr. 14b (altes Studentenbad). — Schwimmverein „Gut-Mut“, Uebungshunde jeden Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Seebad Weisenfer.

Arbeiterverein „Vorwärts“, Köpenicker. Jeden Freitag im Verkehrlot, Korngedde 40: Versammlung. Dasselbe befindet sich auch die Bibliothek des Vereins. Die nach Ropenagen kommenden Genossen wollen dies beachten.

Socialistenklub „Vorwärts“, Christiania. Café Reiser, Olaf Ryed Platz 8.

Gewerkschaftliches.

Für die ausgesperrten Arbeiter Dänemarks gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein: Tischlerwerkstatt Wenzel, Böttcherstr. 12,50. Tischlerei von Bogel, Wehrstr. 3, 8,50. H. Heinemann u. Co., Spigenfabrik 4,70. Baumwerkstoffe von Reuter, Fährtenhof-Ufer 9,35. Tischlerei von Niddorf u. Niddorf, Wehrstr. 8,65. Personal der Buchdruckerei von J. Eitzenfeld 69,20. Tischlerei K. Reinhardt 4,65. Pianofortefabrik von Wöbler, Vantstr. 8,40. Tischlerei von Stern, Seliger u. Co. 10,55. Deutscher Tapetenvertrieb 100. — Tischlerei von Bismarck, Bismarckstr. 9,75. Tischlerei d. Burgschmiedefabrik H. E. Schow 9,00. Bildhauer der Firma W. P. 11. — Tischlerei von Wöbler, Bismarckstr. 12,20. Personal der Buchdruckerei von Niddorf 9. — Die wirtschaflichen Postenliste 2,85. Tischlerei von Niddorf, Fährtenhof 11,50. Arbeiter-Bildungsverein Stieglitz u. Umgegend 15. — Arbeiter u. Arbeiterinnen der Niddorfstr. G. A. Hoffmann 27,00. Tischlereiwerkstatt von Niddorf 2,10. Tischlerei von Niddorf u. Schow 47,10. Buchdr. Niddorfstr. 2,40. Arbeiter der Firma Pöten, Oranienstr. 14,80. Sämtl. Arbeiter der Niddorfstr. Niddorf, Kroll u. Co. mit zwei Budisten 49,20. Arbeiter der Firma Welles, Engel-Ufer, 17,50. Buchdruckerei Niddorfstr. 5. — Ostend 11. — Hamburger Jalousiefabrik 14,25. Hoffmann, Holzverarbeitungs-Fabrikarbeiter durch Witten 44,40. Aus dem Jubiläum des Stadtschulz Rortuna 7,00. Tischlerei von Niddorf, Adalbertstr. 7,55. Arbeiter der Niddorfstr. von Niddorf 2, Rate, 19. — Nicht Verkaufter Arbeiter 3,45. Kantonsklub des Verkehrs Bahnhofes 5. — Silberarbeiter von Niddorf 15. — Arbeiter-Verein Rangesch 30. — Tischlerwerkstatt Unger, Köpenickerstr. 3, Rate 7,20. Tischler und Maschinen-Arbeiter W. Kimmel, Frankfurter Allee, 60. — „Gesangsverein „Liebesfreude“ (incl. eines Mitgliedes a 10 Pf.) 30. — G. Werner 1. — „Jimmische Werkstätte“, Grünauerstr. 8,60. Buchdruckerei G. A. Eiser 25. — Fabrik Waldemarstr. 35, 8,70. Tischlerei Wöbler, Böttcherstr. 18. — Tischlerei Kriding, Waldemarstr. 7,20. Pfaff, Saal I, 10,25. Pfaff, Saal II, 11,15. Pfaff, Saal IV, 16. — Tischlerei von Debert, Rangesch, 6. — Buchdruckerei „Dieses Blatt gehört der Hausfrau“ 6,25. Tischlerei von Niddorf, Hagelbergstr. 11,25. „Kantonsklub“, Wehrstr. 30. — Tischlerei von Niddorf, Köpenickerstr. 10,70. Niddorfstr. von Niddorf, Goldmühlstr. 24,45. Buchdruckerei-Arbeiter G. Sala, Schillingstr. 4,90. Tischlerei von Niddorf, 9,05. Arbeiter von Baumgarten u. Söhne, Bierprozent, 10. — Arbeiter Bismarck 2,50. Bildhauer und 6 Kollierer von Seifert u. Wolf, Fährtenhofstr. 1,10. Bismarckstr. 35. — Kaiser von G. Schmidt, Bau, Stallstr. 6,50. Kollegen und Kolleginnen der Buchbinder, Kanten-Gesellschaft, G. Fährtenhof 20,45. Filiale der Grabener und Weisenfer Berlin 2,00. „Gesangsverein „Freie Stunde“ 8,65, dazu Uebertrag v. Rangesch 2,25. Tischlerei von Späthe 8. — Tischlerei von Niddorf 12,05. Buchdruckerei von Niddorf, Niddorfstr. 6. — „Hilfspersonal der Buchdruckerei 10,85. G. Niddorf 1. — Buchdruckerei von Niddorf 14,15. Berliner Zeitung 10,15. G. A. Niddorf, Wilmersstr. 20. — Berliner Stad-Arbeiter 38,85, dazu 24,05. Tischlerei von Lindemann u. Co. 10,50. Bon den Arbeitern der Niddorfstr. Seider u. Niddorf ander etlichen 77,20. Johann Wöbler 3. — Vom Vertrauensmann der Niddorfstr. einm. 83,60 von Kriding Wehrstr. 200. — Tischlerei Straßburger, Fährtenhof, außer einem 13,60. Buchdruckerei O. Drewy 4,70. H. 73 6. — Angelus „Kantonsklub“ mit mal her 1,90. Tischlerei A. Stein, Or. Frankfurterstr. 8,15. Sattler 25,10. Bau Wöbler-Kantonsklub 22 außer Zimmerleute 15. — Pianofortebau v. Otto 20,95. Tischlerei von Rangesch 14. — Buchdruckerei von Niddorf u. Straßer 10,50.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 28. Juli.
Neues Opern-Theater. Ver-schöffen.
Residenz. Der Schlafwagen. Con-trolleur. Vorher: Sam Ginfelder. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weiten. Die Baubestüte. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Wahrsagerin. Hierauf: Abschiedsoper. Anfang 8 Uhr.
Schiller. Die weiße Dame. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Baddeß Ebenbild. Hierauf: Weib. - Hamburger Dienst-mädchen. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädter. Charley's Tante. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Anna. Anfang 8 Uhr.
Theat. Maria Stuart. Anf. 7 1/2 Uhr.
Metropol. Berlin lacht! Anfang 8 Uhr.
Velle-Alliance. Specialitäten-Vor-stellung. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Frau Luna. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Vollge. Panoptikum. Specialis-tien-Vorstellung.
Urania. Jubalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr. Struwwache.

Schiller-Theater
(Volkstheater).
Morwitz-Oper.
Freitag, abends 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Heinrich Bötel:
Die weiße Dame.
Sonabend, abends 7 1/2 Uhr:
Volkstümliche Opernvorstellung
bei halben Preisen:
Der Waffenschmidt.
Sonntag, abends 7 1/2 Uhr:
Vorlesung
Gastspiel Heinrich Bötel:
Martha,
oder: Der Markt zu Richmond.

Offend-Berl. Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Gastspiel der talent. russischen Hof-schauspielerin Elisabeth Gorewa.
Maria Stuart.
Trauerspiel in 5 Akt. von Fr. v. Schiller.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.
Maria Stuart: Elisabeth Gorewa.
Sonabend u. Sonntag: Maria Stuart. Montag bis Donnerstag:
Adrienne Lecouvreur.
Heute im Garten: Specialitäten-u. Theater-Vorstellung. 27 Nummern.
Anfang 5 1/2 Uhr. Saisonarten haben Gültigkeit.
Sonabend: Sommerfest der Laub-summen.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 53/54.
Direktion: Richard Schultz.
Grösster Saison-Erfolg!!!
9 1/2 Uhr: 9 1/2 Uhr:
Berlin lacht!
Frank-Bonhair-Truppe.
Werner Amoros Pantomime.
8 Champions,
sowie die übrigen Konstraktionen.
Anfang 8 Uhr.

Passage-Panopticum
9 Uhr früh bis
10 Uhr abends.
Von 4 1/2 Uhr ab:
Specialitäten.
Sechste Woche!
Die Riesen-brüder.
Herold und Leons
in ihrer
Burlesk-Scene:
Die Riesenbraut.

**CASTANS
PANOPTICUM**
Die sensationellen
lebenden
Photographien!
in Lebensgrösse.
Die russische „Mignon“
Damenkapelle, hierauf:
in moskowsischen Kostümen.
Viele neue plastische
Gruppen und Figuren.

Ostbahn-Park
Hermann Imbs
71 Nüdersdorfer Straße 71,
am Rühriner Platz.
Täglich: Konzert, Theater-
und Specialitäten-Vorstellung.
Nur erstklassige Nummern.
Anfang: Sonntag 4 Uhr. Entree 20 Pf.
Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachzahl. 20 Pf.
Anfang: Wodent. 5 Uhr. Entree 10 Pf.
Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachzahl. 10 Pf.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger.
Hermann Imbs, Direktor.

Reichshallen.
Garten resp. Saal
täglich:
Stettiner Sänger
(Wehse,
Piero, Britton,
Ziehl, Krone,
Kirchmayer,
Schneider
und Schrader).
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Vorher: Instrumental-Konzert.
Entree 50 Pf., Vorverkauf für die
Wochentage 40 Pf. Straße 1 W.
Jeden Freitag: Neues Programm.

*** * Imbs Ostbahn-Park. * ***
Montag, den 31. Juli, nachmittags 4 Uhr:
Grosses Kinder-Fest,
arrangiert von den Parteigenossen des 4. Wahlkreises (Ost).
Grosses Konzert und Specialitäten-Vorstellung. Kinderbelustigungen aller Art.
Jedes Kind erhält am Eingang eine Stocklaterne nebst ein Billet zur Schaukel gratis.
Die Kaffeeküche ist für die geehrten Damen von 2 Uhr ab geöffnet. Nachher: TANZ.
215/10 Eintritt 20 Pf. Kinder frei. Das Komitee.

Central-Theater
Gastspiel der Hamburger.
Anfang 8 Uhr.
**Baddeß Ebenbild.
De Weib.**
Hamburger Dienstmädchen.
Morgen und folgende Tage: Die-
felde Vorstellung.
Ab 1. August: Berliner Lustspiel-
Ensemble (Hr. Milly Krause, Herr
Otto Pahlau, Herr Rich. Ewald a. W.).
„Der Geiratsmarkt“. Schwank in
3 Akten.

R. Ballschmieders
„Kastanienwäldchen“
Konzertgarten u. Praterfäle
Badstr. 16. Gesundbrunnen. Badstr. 16.
Täglich:
Gr. Promenaden-Konzert.
Jeden Donnerstag:
Elite-Streich-Konzert.
Sonntag: Großer Ball im
neuerbauten Saal.
Empfehle meine Säle zu allen Fest-
lichkeiten. R. Ballschmieder.

W. Noacks Theater,
Brunnenstraße 16.
Täglich: Theater- u. Specialitäten-
Vorstellung.
Neu! Neu!
Der Frauen-Kongress.
Voll-
mit Gesang in 1 Akt von Grogger.
Großer Beifall!
Die Schmetterlinge.
Aufstimmung-Burleske mit Gesang
und Tanz von W. Gerde.
Mussl von Wappaus.
Im Saale: Tanzkränzchen.

**Pahlmanns
Vaudeville-Theater**
Inhaber: F. Pahlmann.
Schönl. Allee 148, Kasian-Allee 97/99.
Täglich:
**Konzert, Theater
u. Specialitäten-Vorstellung.**

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 14-15. Artistische Leitung: Paul Wilbich.
Täglich: Großes Garten-Konzert.
Aufstreten des gesamten Schauspiel- u. Specialitäten-Personals.
Nur erstklassige Kräfte.
Georg Fischer (Vaterlänger), Julius Werner (Charakter-Komiker), Erna
Banola (Kölsch, Sourette), The Charley Trups (4 Personen), Ling-Fuing
(Chinesische Krobaten), The Cowas (Original-Eccentrics).
Neues gediegenes Familien-Programm.
Entree: Wochentags 20 Pf. Entree: Sonntags 25 Pf.
Numerierter Platz 40 Pf. Numerierter Platz 50 Pf.
Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
In den Festjäten: Großer Ball.
Die Kaffeeküche ist geöffnet. Max Kliem.

Schweizer-Garten
Am Königsthor (Ringbahn) Am Friedrichshain.
Täglich: Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Mittwoch:
Großes Familien- und Kinderfest.
Aufstreten des neuen Künstler-Ensembles.
Jeden Abend von 10-11 Uhr:
Robität. Der Robität!
Kunstausstellung mit Gesang in 3 Bildern von J. Fischer. - Musik
von Max Schmidt.
Volksbelustigungen aller Art. Im Saale: Ball.

Apollo-Theater.
Abends 9 Uhr:
Frau Luna
mit dem Luftballett
„Grigolatis“.
Ferner:
*** Otto Reutter ***
und 9 neue Specialitäten.
Garten-Konzert 7 1/2 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Billet-Vorverkauf täglich im Theater
und beim „Kunsterdank“, Unter
den Linden 69.
Empfehle Freunden u. Genossen mein
Weiß- u. Banr.-Bier-Lokal.
Robert Dieseler, Stralauer-
straße 16.

Prater-Theater
Kasian-Allee 7/9.
Täglich: Dorns Rest. Volkstümlich
mit Gesang u. Tanz v. Hugo Schulz,
Musik von H. Kerich. Kostümballette
Friedl. Lucio Sarow. Gebr. Mardo,
Grot. Luett. Tauma-Quartett, Gesang
und Tanz. Die 3 Schönbrunn, hu-
moristisches Bilderbuch. The 4 Flashs,
Eccentrics. Vendaro-Trío, Eccentrics
am Hand-Trapez. Daniel-Truppe,
Pantomime. Ballettgesellschaft Döring.
Konzert und Ball.
Eintritt wochentags und Sonntags
30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kalbo.
Sommer-Theater
„Alter Dessauer“
Artilleriestr. 32.
Inhaber: A. Ladewig.
Schattiger Garten Berlins.
Täglich: Theater und
Specialitäten-Vorstellung.

Soeben beginnt mit einem
neuen Roman
ein neues Abonnement
auf

**UNFREIEN
STUNDEN**

ILLUSTRIRTE ROMAN
BIBLIOTHEK 3 JAHRE
HEFT 10 PFENNIG
**UNTER DEN
DOLOMITEN**

Zu beziehen durch alle Buch-
handlungen, Colporteurs
und Speditoren, sowie durch
die Post (Zeitungskatalog
No. 3700) und den Verlag
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW., Benth-Strasse 2

Victoria-Brauerei
Lützowstraße 111/112.
Im Naturgarten oder Saal:
Täglich
Humoristische Solree der
Norddeutschen Sänger
(Führmann,
Horst, Walde).
Anf. Sonntags
präc. 7. wochent-
tags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Sommerf. 40 Pf.
Familienbillets
3 = 1 W.
Sonntag und
Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Prima harte
**Schlackwurst und
Salami,**
a Pfund 1,10 Mark.
Speck, fetten . . a Pfd. 65 Pf.
mageren . . . 65
Landjinken, geröstet . . 60
J. Striepling vorm. E. Klähn,
Köpnickerstr. 163.

Schmerzloses Zahnziehen ohne Narkose!
Täglich viele Anerkennungen.
Herr Lehrer S. schreibt:
„Alle meine zu Ihnen empfohlenen Bekannten sind mit mir erstaunt
über die rasche Wirkung dieses schmerzauflösenden Mittels zur
Operation. Ich kann Sie nur aufs beste empfehlen.“
Frau Kaufmann L. schreibt u. a.:
„Ueber den gütigen Erfolg des bei mir angewandten schmerzlosen
Verfahrens bei der Operation (Entfernung von 15 Zähnen)
bin ich Ihnen zu großem Danke verpflichtet. Ihre Geschicklichkeit ver-
dient die höchste Anerkennung.“
21193*
Eingang Brückenstrasse. Sprechzeit 9-6.
Linde, Köpnickerstr. 76

Jedes 5 Pfennig. **Kleine Anzeigen.** **Anzeigen** für die nächste Nummer werden in den Annoncenstellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Provinz bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Buchstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Schauengeschäft für jeden Preis zu verkaufen Veitdurgerstraße 84. 741
Fubelband zu verkaufen. Regen, Korbfabrik Danm 60. 15486
Sofa, Gobelband, gut erhalten, verkauft billig Wille, Kantstraße 96.
10 komplette Wirtschaften aus Kationen, Pfandungen, gebraucht, neue, darunter Büchschloß, Vaneel-sofa, Säulentrumeau, 48,00, Säulen-plinthe, Musikel/plinthe 27,00, Schneide-plinthe mit Böden 8,00. Viele Küden-möbel spottbillig verkauft. Zwi-nings's Möbelgesch. Kndreasstraße 57, Markt-Hallen-Eingang. 15466
Galdrenner, erstklassig, 1 1/2, Rifo-gramm, wenig gefahren, auhergewöhn-lich billig. Brill, Oberdberger-straße 34. 15506
Fahrräder, Zubehör, große Aus-wahl, billige Preise, Händlern Rabatt, Reparaturen. Otto Feinze, Bräun-straße 6b. 4448*
Steyppdecken kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik B. Strohmandel, Berlin, Woll-str. 27, wo auch alte Decken auf-gearbeitet werden. 19335*
Steyppdecken kauft man direkt vom Anfertiger. Schmerzler, Blumen-straße 13. 19673*
Sammetreste zu Kinderleidern, Knabenanzügen, Plüschreste, Schürzen-reste, Kleiderreste, Gudekürze, Ge-wandreste, eiserne Ware, Kattunreste, leichte Pfund eine Mark, Kapesstoffe Neue Königstraße 30, eine Treppe, kein Laden. Genaue Hausnummer 30, eine Treppe beachten! Bortelbastei Wegungauelle für Wiederverkäufer. *

Möbel, Haar und Teilzahlung. Billigst. Frankfurter Allee 110, I. Ede Rönigsdorgerstraße. 148*
Möbel und Holzwaren, auch ganze Einrichtungen empfiehlt Franz Zubauer, Brunnenstraße 162. 19792*
Brettköcher, Senfensberger Revier, 1000 Stück 4,50, 5,50, allgrößte nur 6,75, liefert von 2000, frei Keller ge-pakt Blicher, Remelerstraße 7, Fern-sprecher VII 2012. 698*
Gasöcher, Sparsystem, Howell 6,00, Dreilos 10,00, Gasplättchen sehr billig, Gasbratöfen 10,00 R. Teil-zahlung. Wohlfahr, Ballnertheater-Straße 26/27. (Rein Baden.) 13145*

Vermietungen.
Wohnungen.
Schlafstellen.
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Stellenangebote.

Tüchtiger Expedient, in Buch-haltung und Annoncenwesen, event. in persönlicher Requisition von Inseraten oder im Korrespondenz-eisen bewandert, findet dauernde Stellung als Geschäftsleiter bei socialdemo-kratischer Tageszeitung per 1. Sep-tember. Offerten mit Gehalts-anforderungen unter F. 3 an die Ex-pedition. 792*
Formen auf Sandelholz verlangt Dresdenstraße 38. 85/13
Kordmacher für St. Petersburg. Tüchtige ledige Kordmachergesellen werden auf Wagenförde verlangt. Hoher Lohn. Zu erfragen bei Herrn G. Stiglach, Invalidenstr. 123. 748*
Blusenarbeiter für bessere Gemes-gegen Vorzeigung von Brodarbeit finden dauernde und lohnende Be-schäftigung Oryler & Bickmann, Surfrage 47/48, vorn III. 15426
Erste Arbeitsträfte auf weiche und bunte Wirtschaftsschürzen finden dauernde und lohnende Beschäftigung. Leo Cohn u. Kirshstein, Woll-str. 17. 768*
Erste Arbeitsträfte auf schwarze Schürzen, namentlich schwarze Wirt-schaftsschürzen, finden lohnende Be-schäftigung. Leo Cohn u. Kirshstein, Rosenstraße 17. 758*
Karlson-Arbeiterinnen sucht Gustav Händel, Kohnstrasse 79. 15496
Steyppdecken - Danbänderinnen ge-sucht Wendelstraße 1. 78K*
Blätterinnen auf gedruckte An-legefragen im und auherm Hause ver-langt Max Treppe, Schönhauser-Allee 167a, Fabrikgebäude IV. 15156
Mamsells auf Faderis auherm Hause verlangt Thiele, Inhaberburger-straße 5. 15296
Mamsells auf Faderis verlangt Schlemmstraße 32, I. Busch. 15416

50 Mamsells auf Steppdecken, 1,75 bis 2,25, auherm Hause. Fris, Gerlichstraße 1 II. 16406
Häherinnen - Lehrkräfte auf Damenhemden verlangt Straßander-straße 60. 746*
Im Arbeitsmarkt durch besondern Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.
Schuhmacher.
Da der hiesige Streik jetzt beendet ist und der Lohn um 25 Proz. erhöht ist, können Herren- und Damen-arbeiter I. Klasse angestellt werden bei H. C. Dahls Nachfolger, Wilmersdamer 43, Kopen-hagen. 95/12*

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.
Osten:
Robert Wengels, Brühlstr. 30, O.
E. Vogel Wwe., Kopenstr. 83.
Chr. Schulz, Blumenstr. 14.
Nordosten:
J. Reul, Parndorfer 42.
Norden:
W. Gahmann, Wundtstraße 65.
Karl Wiarz, Kasian-Allee 95/96.
Emil Zscholzenberg, Biesenstr. 14.
E. Dehann, Kndreasstr. 24.
E. Vogel, Demmerstr. 32.
H. Zieg, Invalidenstr. 124.
Nordwesten:
Karl Anders, Salzweidenerstr. 8.
Südwesten:
F. Schuförge, Bergmannstr. 23 O. II.
F. Schröder, Brühlstr. 13.
Süden:
Ganz Saale, Dresdenstraße 52/53.
F. Gutschmidt, Rüdigerstr. 8.
Südosten:
Fris Thiel, Stallstraße 35.
E. Geise, Wundtstraße 58.
Martin Weidner, Kndreasstr. 24.
Centrum:
V. Gorla, Wollstr. 27.
Charlottenburg:
Gust. Schöndorfer, Schillerstr. 94 I.
H. Ties, Kaiser Friedrichstr. 37 b.
Friedmann:
G. Berner, Alster 15.
Friedrichsborg:
Anton Kopp, Friedrichstr. 4.
Pankow:
Kummert, Ruffer Wundtstr. 16.
Rixdorf:
E. Chermann, Gröber 6.
G. Neumann, Hermannstr. 50.
Schöneberg:
Wilh. Bäumer, Wollstr. 13.
Weißensee:
Geinrich Bachmann, Wundtstr. 1.
Julius Schiller, Wundtstr. 1.
Hob. Liebmann, Wundtstr. 13.
Königsplatz 16.